

vom Ratsbüro genehmigt  
am: 14. März 2000

## **PROTOKOLL**

---

der **3. Sitzung**  
vom Dienstag, 7. März 2000

17.00 - 19.25 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube

---

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:  
Ratspräsidentin und 46 Mitglieder  
4 Stadträte

Entschuldigt : Marco Heer (JPS)  
Hans Ith (SVP)  
Annina Keller (JPS)

Zu Beginn der Sitzung: Ernst Spengler (SVP)

Für den Schluss der Sitzung: Diana Ceppi (JPS)  
SR Veronika Heller

Unentschuldigt abwesend: SR Th. Feurer

**Traktanden: 1. VdSR - Tempo-30-Zone Windegg-Quartier Buchthalen Seite 75**

**2. VdSR - Änderung der Geschäftsordnung  
(Veröffentlichung des Ratsprotokolls) Seite 82**

**3. MOTION Raphael Rohner (FDP):  
Reorganisation des Stadtschulrates;  
Beantwortung und Beschlussfassung Seite 95**

**PENDENTE GESCHÄFTE**

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
- VdSR vom 21. Sep. 1999 - Zentrum Landhuus - Projekt.kredit Bushof SPK
- Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
- VdSR vom 14. Dez. 1999 - Verlängerung der Verordnung des GrSR über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus dem städt. Dienst (Übergangsrentenverordnung vom 28. Nov. 1995) GPK
- VdSR vom 18. Jan. 2000 - Neukonzeption des Altbaus im Altersheim Steig Nachtragskredit Position 570 503.30 GPK
- MOTION Urs Tanner (SP) vom 25.1.2000 - Kompensation von mindestens 50 Parkplätzen im Bereich Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz und Freier Platz
- MOTION Thomas Neukomm (SP) v. 25.1.2000 - Gestaltung des öffentl. Raums
- INTERPELLATION Stephan Schlatter (SVP) vom 20.1.2000 - Beschäftigungsprogramme; weitere Entwicklung
- VdSR vom 15. Feb. 2000 - Neuregelung des Einbürgerungswesens, Änderung der StV und Einbürgerungsverordnung der Stadt Schaffhausen SPK
- VdSR vom 15. Feb. 2000 - Kanalisations-Sanierungsvorlage 1975 - Schlussbericht GPK
- VdSR vom 22. Feb. 2000 - Vergabe der Parzelle GB Nr. 10'323, Wieslibachstrasse im Baurecht an Dr. E. Hofmann, 8200 SH GPK
- VdSR vom 29. Feb. 2000 - Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen SPK
- VdSR vom 29. Feb. 2000 - Anpassung der Entschädigungen für Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates SPK
- MOTION Rolf Amstad (SP) "Dorfzentrum Herblingen" vom 6.3.2000
- MOTION der SPK "Sportstadion Breite" datiert vom 7.3. 2000
  
- KLEINE ANFRAGE von Edgar Mittler (FDP), datiert vom 1. Jan. 2000 betr. die Liegenschaft Jezler (Lauf-Nr. 1/2000)
- KLEINE ANFRAGE von Ernst Gründler (FDP), datiert vom 2. März 2000 betr. "Reorganisation öffentlicher Busverkehr" (Lauf-Nr. 2/2000)

**BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE****Traktandum 1 VdSR - Tempo-30-Zone Windegg-Quartier Buchthalen**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR zu und heisst die Anträge mit **31 : 1 Stimmen** wie folgt gut:

- 1 Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 25. Januar 2000 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Windegg-Quartier Buchthalen zu.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt dazu einen Kredit von Fr. 24'500.-- zulasten Konto 6200.314.03, Tempo-30-Zone Windegg-Quartier, Buchthalen .
3. Für die Pflege der Pflanztröge werden die erforderlichen Mittel zukünftig ins Budget aufgenommen.  
**Ein Antrag von Max Zimmermann (parteilos), Antrag 3 wie folgt abzuändern -**

**Für die Pflege der Pflanztröge werden die erforderlichen Mittel zukünftig bei den QuartierbewohnerInnen eingefordert - unterliegt mit 1 : 31 Stimmen.**

Das Geschäft ist erledigt.

## **Traktandum 2 VdSR - Änderung der Geschäftsordnung (Veröffentlichung des Ratsprotokolls)**

---

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR zu und heisst die modifizierten Anträge mit **36 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom **18. Januar 2000** betreffend Änderung der Geschäftsordnung (Veröffentlichung des Ratsprotokolls).
2. Die Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen vom **13. Dezember 1983** wird wie folgt geändert:

Genehmigung und  
Veröffentlichung  
des Protokolls      § 23

*1 Die Protokolle werden vom Büro geprüft und genehmigt.*

*2 Sie werden allen Fraktionspräsidenten zugestellt. Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung liegt während der nächsten Sitzung beim Sekretär auf. Begehren auf Änderung sind dem Büro zu melden, das darüber befindet.*

*3 Protokolle früherer Sitzungen können von den Mitgliedern bei der Stadtkanzlei eingesehen werden. Auf Verlangen werden Auszüge erstellt. Der Öffentlichkeit stehen die Protokolle in der Stadtbibliothek und im Stadtarchiv zur Einsicht offen.*

*4 Die Beschlussprotokolle werden unmittelbar nach ihrer Unterzeichnung im Internet veröffentlicht.*

*5 Die vollständigen Protokolle werden nach ihrer Genehmigung durch das Büro im Internet veröffentlicht. Das Büro kann nach vorheriger Information des Rates auf die Veröffentlichung der vollständigen Protokolle verzichten, wenn das Interesse sie nicht mehr rechtfertigt.*

3. Für das Einrichten der Internetseite "Archiv Ratsprotokolle" wird ein Kredit von Fr. **800.--** zu Lasten Pos. **0120.318.00** bewilligt.  
**Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Budget 2001 allfällige Erweiterungen und Verbesserungen des Tools separat vorzuschlagen.**
4. Die Motion "Öffentlichkeit des Ratsprotokolls" von Grossstadtrat Peter Neukomm wird als erledigt abgeschlossen.

Ein Antrag von Alfred Zollinger (SVP) auf NICHEINTRETEN auf die Vorlage unterliegt mit 7 : 35 Stimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 MOTION Raphael Rohner (FDP)  
Reorganisation des Stadtschulrates Beantwortung u. Beschlussfass.**

---

Die Motion wird durch SR W. Widmer beantwortet und vom Rat diskutiert.  
Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **43 : 0 Stimmen** für erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

**BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsidentin Susanne Günter** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

**MITTEILUNGEN**

Die Ratspräsidentin erinnert die Anwesenden an die **Einladung zur Besichtigung der Sturmschäden "Lothar"** vom 26. Dez. 1999 **am Samstag, 11. März 2000, 14.00 Uhr** und bittet sie, den An- bzw. Abmeldetalon dem Ratsweibel heute abzugeben, falls dies noch nicht erfolgt ist.

**Abstimmungsmodus für die städtischen Stimmberechtigten zur Vorlage der ARA Röti**

"An seiner letzten Sitzung hat der Grosse Stadtrat dem Kredit für die Erneuerung der ARA Röti zugestimmt und auch die für die Erneuerung nötige gestaffelte Abwasser-Gebührenerhöhung bewilligt. Die Gebührenerhöhung wurde der obligatorischen Volksabstimmung unterstellt. Gleichzeitig wurde das Inkrafttreten des Kreditbeschlusses an die Annahme der Gebührenerhöhung geknüpft.

In den Beratungen im "Time out" wurde auch die Frage diskutiert, ob die beiden Teile des Beschlusses - Kredit und Gebührenerhöhung - in der Abstimmung auf zwei getrennten Stimmzetteln präsentiert werden müssen.

In der Zwischenzeit hat die Stadtkanzlei die Frage abgeklärt. Sie kommt zum Schluss, dass die beiden Teile des Beschlusses eine Einheit bilden und den Stimmberechtigten nach dem Grundsatz der Einheit der Materie und im Interesse der Transparenz der Abstimmung mit einem Stimmzettel zu unterbreiten sind.

Das Büro hat die Stellungnahme an seiner letzten Sitzung geprüft und sich den Schlussfolgerungen angeschlossen. Das entsprechende Papier der Stadtkanzlei wird den Ratsmitgliedern im Laufe dieser Sitzung zur Kenntnisnahme ausgehändigt."

**NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:**

**- VdSR vom 22.2.00 - Vergabe der Parzelle GB Nr. 10'323, Wieslibachstrasse, im Baurecht an Dr. E. Hofmann, 8200 SH**

Das Büro beantragt dem Rat, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen.

Der Rat folgt dem Vorschlag des Büros stillschweigend.

**- VdSR vom 29. 2. 00 - Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen**

Das Büro beantragt dem Rat, dieses Geschäft einer 13er-SPK zur Vorberatung zuzuweisen.

Der Rat folgt dem Vorschlag des Büros stillschweigend.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Verena Bucher, Esther Bänziger, Urs Tanner, Susanna Freivogel

FDP/CVP: Edgar Mittler, Thomas Hauser, Theresia Derksen, Herbert Distel

OeBS/EVP/JPS/GB: Iren Eichenberger, Alfons Cadario, Diana Ceppi

SVP/EDU: Stephan Schlatter, Josef Eugster

Das Datum der ersten Sitzung konnte infolge der Abwesenheit von SR Th. Feurer noch nicht festgelegt werden.

Einladende Fraktion ist die OeBS/EVP/JPS/GB.

**- VdSR vom 29. 2. 00 - Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates**

Das Büro beantragt dem Rat, dieses Geschäft einer 13er-SPK zur Vorberatung zuzuweisen.

Der Rat folgt dem Vorschlag des Büros stillschweigend.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Esther Bänziger, Susanna Freivogel, Peter Neukomm, Peter Kämpfer

FDP/CVP: Jakob Deppe, Raphael Rohner, Walter Hotz, Theresia Derksen

OeBS/EVP/JPS/GB: Hansueli Alder, Marlise Stöckli, Annina Keller

SVP/EDU: Alfred Zollinger, Erwin Sutter

Die erste Sitzung findet statt: Montag, 13. März 2000, 17.00 Uhr

Einladende Fraktion ist die FDP/CVP

Bernhard Egli (OeBS) hätte es lieber gesehen, wenn die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion nicht die SPK "Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen" präsidieren müsste, da diesem Referat SR Th. Feurer vorsteht, welcher der OeBS angehört. Er hätte einen Abtausch mit dem anderen Geschäft "Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die

Mitglieder des Stadtschulrates" begrüsst. B. Egli stellt jedoch keinen Antrag, sondern er bittet das Büro, künftig solche Überlegungen mit einzubeziehen.

(Anmerkung der Redaktion: Die Zuweisung eines Geschäftes an die SPK bzw. deren Präsidierung erfolgt nach einem festem Turnus innerhalb der vier im Rat vertretenen Fraktionen. Im vorliegenden Fall galt es, zwei Geschäfte mit gleichem Ausfertigungsdatum in der Reihenfolge OeBS / FDP zuzuweisen. Da das zweite Geschäft unmittelbar mit der Motion Rohner zusammenhängt, hat das Büro für das zweite Geschäft die FDP als einladende Partei ins Auge gefasst.)

Die Zuweisung der vorerwähnten Geschäfte sowie die einladenden Parteien werden so belassen.

- **MOTION Rolf Amstad (SP) "Dorfzentrum Herblingen" vom 6.3.2000**  
Diese Motion wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.
  
- **MOTION der SPK "Sportstadion Breite" vom 7.3. 2000**  
Diese Motion wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung gesetzt.
  
- **KLEINE ANFRAGE von Ernst Gründler (FDP), datiert vom 2. März 2000 betr. "Reorganisation öffentlicher Busverkehr" (Lauf-Nr. 2/2000)**  
Diese wird vom SR direkt beantwortet.  
Bernhard Egli (OeBS) nimmt Bezug auf diese Kleine Anfrage sowie auf jene von Edgar Mittler (FDP). Er ermuntert die Ratsmitglieder, bei interessanten Geschäften eher den Weg via Interpellation zu wählen, damit man im Rat die Möglichkeit hätte, diese Themen zu diskutieren.

#### **Verhandlungsbereite Geschäfte:**

- *VdSR vom 14. Dez. 1999 - Verlängerung der Verordnung des GrSR über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus dem städt. Dienst (Übergangsrentenverordnung vom 28. Nov. 1995)*
  
- *VdSR vom 18. Jan. 2000 - Neukonzeption des Altbaus im Altersheim Steig Nachtragskredit Position 570 503.30*

Diese Geschäfte werden auf der Traktandenliste vom 21. März 2000 erscheinen.

#### **PROTOKOLL**

Das Ratsprotokoll Nr. 2 vom 22. Feb. 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

#### **TAGESORDNUNG**

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.  
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

#### **Traktandum 1 VdSR - Tempo-30-Zone Windegg-Quartier Buchthalen**

---

#### **EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde direkt traktandiert.

**Alfred Zollinger (SVP)** Vertreter des GrSR in der Arbeitsgruppe  
"Quartierverkehrskonzepte"

"Als Vertreter des Grossen Stadtrates in der "Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte" kann ich Ihnen diese Vorlage vorstellen und noch zusätzliche Informationen geben.

Grundlage für die Schaffung einer Tempo-30-Zone ist bekanntlich der Beschluss des GSR vom 26.11.1996. Dieser sieht die folgenden Schritte vor:

- Anstoss von "ausser", d.h. Petition/Unterschriftensammlung aus dem betroffenen Quartier
- Vorprüfung durch die Arbeitsgruppe hinsichtlich Möglichkeiten, Abgrenzungen, Verkehrssituation, Unfallstatistik etc.
- Erstellung eines Gutachtens
- Ausarbeitung eines Vorprojekts durch die Arbeitsgruppe unter Mithilfe von interessierten Zonenbewohnerinnen und -bewohnern
- Information der ZonenbewohnerInnen
- Befragung/Abstimmung aller mündigen Zonenbewohner (CH und Ausländer)
- Vorlage an den Grossen Stadtrat
- Amtliche Ausschreibung/öffentliche Projektauflage
- Behandlung allfälliger Einsprachen
- Ausführung

Nachdem sich bei allen bisherigen Schritten ein JA ergab, liegt nun die Vorlage bei uns, d.h. im Grossen Stadtrat. Ich muss klar darauf hinweisen, dass der Grosse Stadtrat über die Kosten der vorgesehenen T-30-Zone entscheiden kann. Am Projekt selbst können keine gravierenden Änderungen vorgenommen werden, ansonsten die Vorlage zurückgewiesen werden muss, verbunden mit einer neuen Projekt-Ausarbeitung. Als gravierende Änderung müsste beispielsweise ein Vorstoss bezeichnet werden, der den Verzicht auf die 15 Pflanzentröge und deren Ersatz durch markierte Parkplätze verlangen würde.

Der Anstoss durch die Zonenbewohner erfolgte in den Jahren 1995 bis 1997 mittels drei Petitionen und total 147 Unterschriften.

Verdeckte Verkehrs- und Geschwindigkeitsmessungen, jeweils während 24 Stunden pro Standort, wurden durch die Arbeitsgruppe festgelegt.

Diese ergaben folgende Resultate:

31.3.98	Windeggstrasse 13a	471 Fz	V null *38 km	V 85%**	45 km
2.4.98	Kohlfirststrasse 26	176 Fz	do. 34	do.	41
8.4.98	Büsingerstrasse 7	543 Fz	do. 37	do.	46

Die höchsten Geschwindigkeiten wurden mit 58 km/h an der Kohlfirststrasse bzw. 59 km/h je an der Windeggstrasse und Büsingerstrasse gemessen.

\* V null = Arithmetisches Mittel aller erfassten Geschwindigkeiten

\*\*V 85 % = Geschwindigkeit, welche von 85% der Fahrzeuge nicht überschritten wird.

Aufgrund dieser Zahlen sowie der Erfüllung der Vorgaben des EJPD betr. Weisungen vom 3.4.1989 über die Zonensignalisation von Verkehrsanordnungen wurde das Ingenieur- und Planungsbüro Paul Widmer, Frauenfeld, mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Das Gutachten kam zum Schluss, dass die Voraussetzungen für eine Tempo-30-Zone erfüllt sind.

Am 14.6. sowie am 6.7.1999 traf sich die Arbeitsgruppe mit einer Vertretung der Petenten und einigte sich auf das vorliegende Projekt.

Die Zonenbewohnerinnen und -bewohner wurden am 8. Sept. 1999 anlässlich einer Information über das Grobprojekt orientiert. Zirka 60 Personen haben daran teilgenommen.

Danach wurden die Abstimmungsunterlagen versandt. Mit 63,2 % Prozent der abgegebenen Stimmen wurde dem vorliegenden Projekt zugestimmt. Die Stimmbeteiligung lag bei 70 %.

Auf Seite 2 der Vorlage finden Sie die Projektbeschreibung:

1. Eine Übersicht der geplanten Tempo-30-Zone ist in der Beilage dargestellt.
2. Die Zone weist insgesamt fünf Strasseneingänge auf. Diese auch Tore genannten Bereiche werden mit Signalen 2.59.1 und 2.59.2, Beginn und Ende der Zone mit Geschwindigkeitsbeschränkung Tempo 30, rechts am Fahrbahnrand versehen.
3. Die heute bestehende Signalisation 3.02, Kein Vortritt, Knoten Kohlfirststrasse/Windeggstrasse wird entfernt. An diesem Knoten gilt neu der Rechtsvortritt. Hingegen werden die sog. "Haifischzähne" bei der Einfahrt Büssinger-Strasse wegen der Unübersichtlichkeit an dieser Stelle bleiben.
4. An dafür geeigneten Stellen werden an der Büssingerstrasse, an der Kohlfirststrasse und an der Windeggstrasse Pflanztröge platziert.
5. Das Projekt beinhaltet im Weiteren keine zusätzlichen baulichen Massnahmen und ist mit den Initianten abgesprochen worden.

Die geschätzten Realisierungskosten belaufen sich einmalig auf Fr. 24'500.--. Dazu kommen jährliche Kosten für die Pflege der Pflanztröge durch die Stadtgärtnerei von Fr. 1'500.-.

Zur Unfallsituation kann gesagt werden, dass in den letzten fünf Jahren (1993 - 1997) lediglich ein Unfall polizeilich registriert worden ist. Das war am 12. Mai 1994 an der Hofackerstrasse (Bus-Endstation), als ein Mofa in einen stehenden PW hinein fuhr.

Was Ihnen vielleicht auffällt ist, dass im Budget die Strassenmarkierung Tempo 30 nicht erscheint. Es ist ein Entscheid der Verkehrspolizei, dass dies vorderhand nicht gemacht werden kann und zwar mit der Begründung, dass dies gesamtschweizerisch noch nicht geregelt ist. Falls diese Regelung kommt, könnte diese Markierung noch nachgeholt werden.

Im Namen der Arbeitsgruppe Quartierverkehrskonzepte bitte ich Sie, dieser Vorlage zuzustimmen."

**Alfred Zollinger (SVP)** Fraktionserklärung SVP/EDU bzw. FDP/CVP \*

"Ich kann Ihnen noch die Stellungnahme der beiden Fraktionen FDP/CVP sowie SVP/EDU bekannt geben. Allzu grosse Freude bzw. Euphorie über diese Vorlage ist nicht vorhanden, aber man wird mehrheitlich auf diese Vorlage eintreten. Es besteht auch bei einigen die Ansicht, dass weniger Blumentröge (z.B. die Hälfte) mehr wären. Es ist deshalb auch mit Enthaltungen zu rechnen.

Zu den Blumentrögen kann ich noch die folgende Bemerkung anbringen. Bewusst hat man aufgrund des Gutachtens an den kritischen Stellen, zwecks Reduktion der Geschwindigkeit, Pflanztröge gewählt, um bauliche Massnahmen sowie wechselseitig fest markierte Parkfelder zu umgehen. Mit diesem Vorgehen ist die Flexibilität gewährleistet, um aufgrund erster Erkenntnisse situativ zu handeln, d.h. allenfalls auch einen Trog zu entfernen. Es ist klar, dass nach einer gewissen Zeit eine Nachkontrolle der Geschwindigkeit durchgeführt wird. Je nach Ergebnis können die Pflanztröge noch etwas verschoben oder anderweitig platziert werden. In einer späteren Phase werden auch in dieser T-30-Zone im Turnus Geschwindigkeitskontrollen angesetzt."

**Bea Hauser (SP)** Fraktionserklärung \*

"Ich muss zugeben, dass die SP-Fraktion nicht so lange über Blumentröge redete, als sie die Vorlage des SR diskutierte. Uns hat gefallen, dass während den Jahren 1995 bis 1997 die Anwohnerinnen und Anwohner des Windegg-Gebiets in Buchthalen drei Petitionen für die Einführung vom Tempo 30 auf ihren Strassen eingereicht haben. Schon 1996 haben wir die Bedingungen für die Zulassung von Tempo-30-Zonen festgelegt. Das Parlament kann also Tempo 30 bewilligen, ohne dass eine Spezialkommission darüber beraten muss. In dieser Angelegenheit habe ich mich eines Besseren belehren lassen müssen.

In der Windegg fahren keine Busse, dort gibt es keine Sammelstrassen, und - das wichtigste Argument - die schriftliche Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner liegt vor. Die Befragung ist im September letzten Jahres erfolgt, und von den mitwirkungsberechtigten Zonenbewohnerinnen und -bewohnern haben doch 70 Prozent mitgemacht; eine erstaunliche Zahl. 63,2 Prozent der Befragten sprachen sich für Tempo 30 aus; 33,4 Prozent waren dagegen. Auch hier ist die Ausgangslage deutlich. Zudem hat im Hofackerzentrum eine Orientierung über das geplante Projekt stattgefunden. Es war eine breite Vernehmlassung und die Leute hatten die Gelegenheit, sich zu äussern.

Wer Buchthalen und damit das Windegg-Gebiet kennt, muss zustimmen, dass die nun für die Tempo-30-Zone ausgewählten Strassen und Wege in einem reinen Wohngebiet mit hauptsächlich selbstgemachtem Verkehrsaufkommen liegen. An fünf Toren wird die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Stundenkilometern angezeigt. Man will zudem mit ein paar Pflanztrögen sanft auf die Geschwindigkeitsreduktion hinweisen.

Das Windegg-Gebiet eignet sich ausgezeichnet für die Einführung einer weiteren Tempo-30-Zone in der Stadt. Dort muss niemand schneller fahren. Auch ist der Kredit von 24'500 Franken vollkommen vertretbar.

Im Namen der einstimmigen SP-Fraktion bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen."

**Iren Eichenberger (OeBS)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB \*

"Was in diesem Rat noch vor 3 Jahren ausgiebige Debatten auslöste, kommt heute als bescheidene Dreiseiten-Vorlage daher und brauchte nicht einmal eine vorberatende Kommission. Tempo-30-Zonen sind "Peanuts" geworden, die wir quasi als Vorspeise "verdrücken", abgesehen von den Blumentöpfen, die offenbar nicht allen schmecken. Ich träume davon, dass wir eines Tages mit derselben Gelassenheit auch über dreiseitige Parkraumkonzepte diskutieren. Interessant wäre allerdings zu wissen, ob sich die hohe Akzeptanz auch in den bisherigen Tempo-30-Quartieren eingestellt hat. Vielleicht kann uns der Baureferent aus dem Stegreif etwas dazu sagen.

Nur einen Satz auf Seite 2 der Vorlage möchte ich noch erwähnen, nämlich Punkt 3. *Busrouten sind im Projekt-Perimeter der Tempo-30-Zone Windegg-Quartier Buchthalen nicht enthalten.* Ja eben - darum war es wohl so einfach. Das Windegg-Quartier und die äussere Kohlfirststrasse sind leider noch immer schlecht ans städt. Busnetz angebunden. Vor allem für ältere Leute ist die Busversorgung so unzureichend. Ich weiss, dass topographische und verkehrstechnische Gründe die Durchfahrt eines Busses in diesem Bereich erschweren. Trotzdem scheint mir das Problem ungelöst.

Die Tempo-30-Vorlage an und für sich aber ist eine absolut erfreuliche Sache, der wir als OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion gerne zustimmen."

**Herbert Distel (CVP)** Votum

"Wir sind uns bewusst, dass die ZonenbewohnerInnen mit 208 Ja zu 110 Nein diese Tempo-30-Zone wollen. Wir werden auch keinen Antrag auf Nichteintreten stellen. Zwei der drei CVP-Mitglieder werden sich jedoch bei der Schlussabstimmung der Stimme enthalten. Die Begründung finden Sie in der heutigen Ausgabe der Schaffhauser Nachrichten. Es geht um die Blumentröge. Diese ergeben Mehrkosten. Es geht dabei nicht nur um die einmaligen Beschaffungskosten, sondern es gibt jährlich wiederkehrende Kosten für den Unterhalt dieser Tröge. Das braucht mehr Personal, ansonst wäre es nicht ausgelastet. Ich möchte Ihnen noch von einer Sicherheitstagung der BfU berichten, wo ein deutscher Referent gesagt hat, dass Blumentröge ein Anziehungspunkt für spielende Kinder seien, was eine zusätzliche Unfallgefahr bedeuten könnte.

Wir werden nicht Nein stimmen, aber wir werden uns z.T. der Stimme enthalten."

**Max Zimmermann (parteilos)** Votum

"Wenn Sie erwarten, dass ich mich gegen diese Vorlage stelle, so irren Sie. Es freut mich, dass so viele Tröge vorgesehen sind, denn dieses Quartier gehört zu jenem Bereich, wo ich jeweils mit unseren Hunden spazieren gehe, so dass die Hunde die Möglichkeit haben werden, an jedem dieser Tröge "das Bein zu heben". Spass beiseite. Die EinwohnerInnen haben sich mehrheitlich für diese Tempo-30-Zone entschieden.

Wie wir gehört haben, ist praktisch nur ein einziges Mal die Tempo 50-Limite überschritten worden, welche bis anhin dort erlaubt ist. Was mich stört, ist die Tatsache, dass beim Windeggstieg Mofa-FahrerInnen durchfahren, obschon ein

absolutes Fahrverbot besteht. Die Polizei hätte gescheitert dort Kontrollen durchgeführt, als dieses ganze Quartier mit Tempo 30 zu versehen. Ich werde auf die Vorlage eintreten, ihr jedoch aus Prinzip nicht zustimmen."

**Peter Käppler (SP)** Votum

"Schade ist diese Diskussion nicht vor zwei Wochen geführt worden, dann hätten die Fastnachtler mehr Stoff für ihre Fastnachtszeitung gehabt. Es ist peinlich, dass wir hier über Blumenkisten sprechen. Der Grundsatz betr. Tempo-30-Zone ist wichtig, die Gestaltung ist ein anderes Thema. Mit 25'000 Franken können wir keine professionelle Gestaltung dieser Zone realisieren. Eine solche wäre wesentlich teurer. Es ist lächerlich, wenn wir jetzt die ganze Vorlage an diesem Thema aufhängen und die vorgeschlagene kostengünstige Lösung in Verruf bringen.

Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen."

**Theres Brambrink (FDP)** Votum

"Tempo-30-Zonen sind für mich kein Problem bzw. ich finde sie sehr gut. Aber diese Tröge - an der Fäsenstaubstrasse haben wir solche Kisten. Diese sind nie mit Blumen bepflanzt worden, sondern mit hochwachsendem Grünzeug. Diese stellen tatsächlich eine Gefährdung für Kinder dar, weil man sie dahinter nicht sieht.

**Alfred Zollinger (SVP)** Votum

"Ich muss noch eine Aussage von Max Zimmermann richtig stellen, welcher gesagt hatte, es sei "nur ein einziges Mal die Tempo 50-Limite überschritten worden". Das stimmt nicht. Ich habe die Höchstgeschwindigkeit erwähnt. Aufgrund der Geschwindigkeitsmessungen hatten wir mehrere AutofahrerInnen, welche die Tempo 50-Limite überschritten haben.

Der Hinweis von Theres Brambrink hinsichtlich der hochwachsenden Pflanzen ist richtig. Dies wird der Baureferent sicher mitnehmen und dafür sorgen, dass dies dort oben nicht passiert. Die Blumentröge sollen optisch eine Verengung der Strasse bewirken, aber kein Anziehungspunkt für die Kinder sein."

**Max Zimmermann (parteilos)** Votum

"Ich habe bei meinem vorherigen Votum gesagt, dass ich der Vorlage nicht zustimmen werde. Dies möchte ich noch begründen. Wir haben demnächst eine Abstimmung über die Verkehrshalbierungs-Initiative. Wenn diese nämlich angenommen wird, dann brauchen wir dies nicht mehr."

**Walter Hotz (FDP)** Votum

"Wenn QuartierbewohnerInnen Tempo 30 wünschen, so kann man das nur unterstützen. Ich möchte den Baureferenten daran erinnern, dass z.B. vor etwa 10 Jahren - als noch Marcel Wenger Baureferent war - die BewohnerInnen an der Kirchbergstrasse Unterschriften gesammelt haben. Die Kisten wurden bereits schon vormarkiert - gegangen ist nichts. Ich möchte darauf hinweisen, dass es in der Stadt noch Strassen hat, welche viel gefährlicher sind als jene in diesem Quartier - z.B. die Umfahrung Herblingen. Diese Sachen sollten nicht vergessen werden."

**Stadtrat Kurt Schönberger** Stellungnahme des Stadtrates

"Ich beginne bei Max Zimmermann. Ich finde es schade, wenn er diese Sache mit eidg. Vorlagen verknüpft. Man hätte noch weiter denken können, wenn einmal die Volksinitiative über die flächendeckende Tempo-30-Zone zur Abstimmung kommt - das wird das nächste Jahr der Fall sein. Dieses Problem beschäftigt uns nicht nur

hier im Bereich Buchthalen. Gerade gestern haben wir mit AnwohnerInnen der Stokarberg-Strasse ein Gespräch über das Thema Verkehrsberuhigung (allenfalls Sperrung dieser Strasse) geführt.

Es ist in vielen Quartieren ein Thema. Ich weiss, dass sich auch im Steingut-Quartier etwas regt. Wir werden uns über dieses Thema immer wieder unterhalten müssen.

Max Zimmermann, wenn Deine Hunde durch diese Kisten schon eine höhere Lebensqualität bekommen, dann solltest Du wenigstens hier zustimmen - oder dann müssen wir die Hundesteuer erhöhen.

Die Vorlage hat im Quartier selbst eine sehr hohe Akzeptanz bekommen.

Wenn Herbert Distel hier moniert, meine MitarbeiterInnen in der Stadtgärtnerei hätten offensichtlich zu wenig zu tun, dass sie diese Blumentröge unterhalten können, dann ist dem nicht so. Wir vollziehen einen Auftrag des Volkes.

Frau Eichenberger hat sich nach der Akzeptanz der Tempo-30-Zone im Emmersberg-Quartier erkundigt. Es sind wenige Reaktionen direkt zu uns gekommen. Man hört hin und wieder am Stammtisch oder vernimmt aus Leserbriefen, dass die BewohnerInnen damit mehr oder weniger schlecht oder recht leben und die Tempo 30-Limite akzeptieren. Die Begeisterung wird sich beim einen oder anderen Anwohner in Grenzen halten. Die Leute haben sich jedoch an diese sinnvolle Massnahme gewöhnt.

Ich bin dankbar für den Hinweis von Theres Brambrink betr. hochwachsenden Pflanzen. Ich werde mich mit der Stadtgärtnerei absprechen, dass man hier etwas Sinnvolles macht, damit daraus keine zusätzliche Gefahr für Kinder entsteht."

**Herbert Distel (CVP)** Votum

"Ich möchte noch etwas berichtigen. Ich habe gesagt, dass es Mehraufwand gibt, dass man mehr Personal braucht, ansonst wäre es nicht ausgelastet. Genau so habe ich es gesagt. Ich bitte den Baureferenten um Entschuldigung, wenn er mich falsch verstanden hat. Ich möchte nicht meine Kollegen anschwärzen."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

### **DETAILBERATUNG**

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

### **ANTRÄGE**

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Anträge auf Seite 3 der Vorlage.

- 1 Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 25. Januar 2000 über die Einführung einer Tempo-30-Zone im Windegg-Quartier Buchthalen zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt dazu einen Kredit von Fr. 24'500.-- zulasten Konto 6200.314.03, Tempo-30-Zone Windegg-Quartier, Buchthalen .

Kein Gegenantrag - so beschlossen

3. Für die Pflege der Pflanztröge werden die erforderlichen Mittel zukünftig ins Budget aufgenommen.

**Max Zimmermann (parteilos), beantragt Punkt 3 wie folgt abzuändern -  
Für die Pflege der Pflanztröge werden die erforderlichen Mittel zukünftig bei den  
QuartierbewohnerInnen eingefordert.**

#### **ABSTIMMUNG**

Der Antrag Zimmermann unterliegt mit 1 : 31 Stimmen.

#### **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR zu und heisst die Anträge mit **31 : 1 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

### **Traktandum 2 VdSR - Änderung der Geschäftsordnung (Veröffentlichung des Ratsprotokolls)**

---

#### **EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde direkt traktandiert.

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** Sprecher des Büros und Motionär \*

"Wie Sie aus der heutigen Traktandenliste ersehen konnten, hat das Ratsbüro beschlossen, dieses Geschäft direkt zu traktandieren, ohne es zuvor in einer Kommission vorberaten zu lassen. Dies aus folgenden Gründen:

1. Mit einer Motion vom 05.12.1998 hat die SP-Fraktion eine Änderung unserer Geschäftsordnung zwecks Schaffung der nötigen gesetzlichen Grundlagen für einen öffentlichen und uneingeschränkten Zugang zu unseren Ratsprotokollen gefordert. Dabei wurde insbesondere eine Aufschaltung der Wortprotokolle auf der Homepage der Stadt Schaffhausen angeregt. Neben mehr Transparenz für die Bevölkerung sollte dies auch im Sinne eines hilfreichen Instrumentes eine Erleichterung unserer parlamentarischen Tätigkeit bewirken. Die Motion blieb im Rat unbestritten und wurde von Ihnen am 09.03.1999 einstimmig erheblich erklärt.
2. Der Stadtrat hat die Anliegen der Motionärinnen und Motionäre sowie die Anregungen aus der damaligen Debatte aufgenommen und im Rahmen einer Neuformulierung von § 23 unserer GO umgesetzt. Der vorgeschlagene Wortlaut

hat weder im Ratsbüro noch - nach unserem Kenntnisstand - in den Fraktionen zu Diskussionen Anlass gegeben.

3. Der für die Umsetzung der Motionsanliegen beantragte nötige Kredit ist derart klein, dass die Sitzungsgelder für die Beratung des Geschäfts in einer Kommission diesen übertroffen hätten, was einem parlamentarischen Leerlauf gleichgekommen wäre.

Das Ratsbüro empfiehlt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Wir haben nach dem Studium der Umsetzungsvorschläge des Stadtrates für die Aufschaltung der Protokolle im Internet noch zwei Anregungen mit Ergänzungen der Vorlage, welche wir Ihnen hier unterbreiten möchten.

Es geht dabei um Verbesserungswünsche - die in der Vorlage nicht berücksichtigt sind - bezüglich der Benutzerfreundlichkeit des Angebots hinsichtlich schnellerer Download-Zeiten und der Möglichkeit einer Volltextsuche.

Einerseits erachten wir die Download-Zeiten für ziemlich grosse Word-Dokumente als relativ lange. Sie können das auf der Homepage des Kt. ZH einmal selbst ausprobieren, wenn sie dort die Protokolle des Kantonsrates im vollen Word-Format herunter laden wollen. Man kann schliesslich nicht voraussetzen, dass alle potentiellen BenutzerInnen mit der modernsten Hardware ausgerüstet und Zugang zu Leitungen mit höchsten Datenübertragungsraten haben. Es stellte sich deshalb die Frage, ob neben den normalen Word-Dokumenten komprimierte, sogenannte Zip-Dateien zum Download zur Verfügung gestellt werden sollten. Dies wäre mit einem bescheidenen technischen Mehraufwand möglich.

Insbesondere im Hinblick auf die Verwendung der Protokolle auf dem Internet als parlamentarisches Arbeitsinstrument erschien es dem Büro notwendig, die Möglichkeiten der Einrichtung einer Volltextsuche zu prüfen. Unserer Meinung nach wird sich diese für die Benutzerinnen und Benutzer dieses Angebotes in ein paar Jahren, wenn unser virtuelles Protokollarchiv einmal einen stattlichen Umfang angenommen haben wird, als äusserst dienlich erweisen. Es muss doch einmal möglich sein, nach Stichworten Protokollstellen zu finden. Ansonsten erscheint uns die ganze Archivierung auf der städtischen Homepage als wenig sinnvoll.

Ich habe deshalb mit dem in der Stadtkanzlei zuständigen Stadtschreiber-Stv. Kontakt aufgenommen, der seinerseits Rücksprache nahm mit dem beauftragten Webmaster der Stadt Schaffhausen, Herrn Reinhard Novak von der Netfactory. Als Fazit der in die Wege geleiteten Abklärungen verschiedener Varianten schlage ich Ihnen nun heute im Namen des Büros folgende Lösung vor:

Unsere Protokolle sollen nicht nur im Word-Format auf der Homepage der Stadt SH zur Verfügung gestellt werden, sondern auch im PDF-Format (Portable Document Format), einem im Internet gebräuchlichen Dateityp. Dokumente in diesem Format benötigen weniger Speicher, weshalb sie schneller vom Server auf den Heimcomputer heruntergeladen werden können. Andererseits können die auf diese Weise formatierten Texte fortlaufend und automatisch mit einer Indexierung versehen werden, was zukünftig eine Volltextsuche mittels eines sogenannten Such-Tools ermöglichen wird. Um diese PDF-formatierten Dokumente nachher auf dem Heim-PC nach dem Download zu öffnen, benötigt man ein kleines Programm, den

sog. Acrobat Reader von Adobe. Dieses kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden und ist in fast allen Computermagazinen, die Sie am Kiosk kaufen können, auf beiliegenden CD's enthalten.

Ich denke, dass sich diese zusätzliche, wesentliche Attraktivierung des Internetauftritts unseres Rates lohnen wird. Natürlich bringt sie auch einen Mehraufwand für den Web-Administrator mit sich, der bezahlt sein will. Dies hält sich aber in bescheidenem Rahmen:

Neben zusätzlichen 2 Stunden à Fr. 130.00 bei der erstmaligen Einrichtung unseres Protokollangebots auf dem Internet wird bei der Einspeisung der Protokolle jeweils ein Mehraufwand von ca. 5 - 10 Minuten erwartet. Der entsprechende Kredit, dessen Zusammensetzung Sie auf S. 4, Ziff. 3.2 der Vorlage sowie unter Ziff. 3 der Anträge ersehen können, müsste dementsprechend von Fr. 520.00 auf Fr. 800.00 erhöht werden. Bei ca. 18 Protokollen pro Jahr wäre zudem ein Mehraufwand von 1,5 – 3 Std. zu erwarten, was vorderhand noch im städtischen Mandat der Netfactory von 20 Minuten pro Tag Platz finden würde. Die jährlich wiederkehrenden Kosten werden durch dieses zusätzliche Angebot um ca. Fr. 300.00 auf Fr. 820.00 ansteigen. Diese Mehrkosten, welche auch spürbare Mehrleistungen zur Folge haben werden, erscheinen aber sinnvoll investiert.

Ich ersuche Sie deshalb im Namen des Ratsbüros, zugunsten eines möglichst attraktiven, d.h. vor allem benutzerfreundlichen Auftritts unseres Rates auf der Homepage der Stadt, diesem erhöhten Kredit zuzustimmen."

**Peter Neukomm (SP)** Fraktionserklärung

"Ich möchte an dieser Stelle bekannt geben, dass die SP-Fraktion - aus deren "Küche" die Motion stammt - auf die Vorlage eintreten und ihr mit dem erhöhten Kreditrahmen von Fr. 800.-- zustimmen wird."

**Erwin Sutter (EDU)** Votum \*

"Am 9. März vergangenen Jahres hat dieser Rat die Motion von Peter Neukomm verabschiedet, mit dem Ziel, die Ratsprotokolle im Internet zugänglich zu machen. Damit soll eine Funktion ermöglicht werden, die auch in verschiedenen anderen Städten und Kantonen bereits vorhanden ist. Die Ratsprotokolle erhalten dank der verbesserten Zugänglichkeit eine deutliche Aufwertung. Eine einfache Möglichkeit, Einsicht in die Protokolle nehmen zu können, entspricht meinem persönlichen Wunsch und offenbar auch weiterer Kreise, rufen doch gemäss den Angaben in der Vorlage bereits heute täglich 10 bis 25 Personen die im Internet vorliegenden Beschlussprotokolle auf.

Der Stadtrat hat aus der Motion nun eine Vorlage ausgearbeitet, die es mit einem kostengünstigen und doch effektiven Verfahren ermöglicht, auf einfache Weise nach denjenigen Texten zu suchen, die einem interessieren. Wie Peter Neukomm ausgeführt hat, gibt es die beiden Varianten Word-Format oder PDF-Format, wobei ich beim Word-Format vielleicht eher ein RTF-Format vorschlagen würde, damit es auch Mac-Benutzer lesen können. Auf jeden Fall kann man mit dieser Funktionalität von Word oder auch mit PDF Text suchen. Natürlich liegt diese Funktionalität nur für diejenigen Protokolle vor, die zum jeweiligen Zeitpunkt im Internet vorliegen (wie viele hier geplant sind, würde mich noch interessieren).

Mit bescheidenen Kosten von etwa Fr. 800.-- pro Jahr wird ein Nutzen erreicht, der auch Gegner der Vorlage davon überzeugen sollte, trotzdem Ja zu sagen.

Ich empfehle Ihnen die Vorlage im positiven Sinne zu verabschieden."

**Alfred Zollinger (SVP)**

Votum

"Ob diese Vorlage das höchste aller Gefühle ist, ist meines Erachtens zu bezweifeln. Ich bin mir bewusst, dass die Motion seinerzeit überwiesen wurde. Das entsprechende Sitzungsprotokoll umfasst 38 Seiten, wovon 9 1/2 Seiten diese Motion betreffen. Im Sinne einer Zusammenfassung der Diskussion zitiere ich Stadtpräsident Marcel Wenger, der gemäss Protokoll vom 9.3.99 folgendes aussagte:

"Ich entnehme den zahlreichen Wortmeldungen, dass Sie eigentlich beides wollen, nämlich die Beschluss-Protokolle und später auch diese ausführlichen Wortprotokolle. Ich möchte noch einmal sagen, wir sind dazu bereit, falls Sie die Motion Neukomm überweisen, aber dann werden wir eine kleine Ueberschreitung des Kostenrahmens haben. Wir sehen uns dann in der Rechnung wieder. Ich bin gewitzigt von anderen Vorkommnissen!"

Dazu kann ich nur sagen: Ich auch!!

An der Büro-Sitzung vom 1. Dez. 1998 wurde nämlich folgendes beschlossen:

"Das Büro legt fest, dass von den Verhandlungen im GrSR lediglich das Beschluss-Protokoll ins Internet eingespeist werden soll. Es ist künftig eine Fussnote anzubringen, wonach das Ratsprotokoll auf der Stadtkanzlei und in der Stadtbibliothek eingesehen werden kann."

Seither ist das Beschlussprotokoll jeweils ein spätestens jedoch zwei Tage nach der Ratssitzung auf dem Internet verfügbar.

Und nun kommt diese Vorlage des Stadtrates, m.E. ohne grosses Engagement, bzw. ohne Kopf, Hand und Herz.

Man stellt fest, dass sich in den ersten Tagen nach dem Einspeisen des Beschlussprotokolls, weil aktuell, 20 - 25 Personen dafür interessieren, danach aber ein äusserst laues Interesse herrscht.

Und nun soll frühestens 8 Tage nach der Sitzung das Vollprotokoll noch eingespeist werden. Ich habe nichts dagegen, dass die Oeffentlichkeit sehen bzw. lesen kann, welche Voten im Rat abgegeben worden sind. Aber ob das Internet für solch grosse Datenmengen in Schriftform geeignet ist, um Leseübungen durchzuführen, bezweifle ich, worauf auch der Stadtrat in der Vorlage hinweist. Als Beispiel kann das Protokoll der letzten Sitzung dienen: Total 33 Seiten, davon Beschlussprotokoll 1 1/2 Seiten, Zentrum "Landhuus" 2 Seiten, ARA Röti 21 1/2 Seiten, Motion Raphael Rohner 4 1/2 Seiten.

Die Vollprotokolle konnten bisher in der Stadtbibliothek und der Stadtkanzlei eingesehen werden. Es war kein Reisser, denn 8 Tage nach der Ratssitzung ist das "kalte Kaffee". Gemäss erhaltener Auskunft benötige ich nicht einmal die Finger einer Hand, was die Nachfrage nach Protokollauszügen etc. durch die Oeffentlichkeit anbelangt. Bei den Ratsmitgliedern sieht es etwas anders aus.

Meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich. Das Ganze soll doch vor allem uns dienen. Und deshalb bin ich von der Vorlage nicht begeistert. Man will vorerst den kleinen Finger und dann, ja dann kommen die Begehrlichkeiten.

Dann reichen die 520 bzw. 820 Franken Installationskosten nirgendwo hin, heisst es doch u.a. in der Vorlage, Seite 4 unten: "Die Einzelheiten der Gestaltung sind noch festzulegen". Was bedeutet das, welches sind die finanziellen Auswirkungen? Also man startet mit einem Mini, doch voraussichtlich wird man bald einen Mittelklasswagen beanspruchen. Das Ziel muss doch darin bestehen, dass Parlament und Oeffentlichkeit, und nicht nur PC-Freaks, damit arbeiten können. Das verlangt z.B. Benutzerfreundlichkeit, Suchbegriffe, Rückgriffsdauer, Wörterverzeichnis etc. Dafür genügt die vorgeschlagene Lösung nicht; sie ist zu wenig aussagekräftig. Ich habe eine Vorlage erwartet, die Varianten aufzeigt, verbunden mit den entsprechenden finanziellen Aufwendungen.

Bereits der Internetauftritt der Stadt Schaffhausen hat gezeigt, dass bei der Budgetierung, wie bei den meisten EDV-Projekten, zu schmal gefahren wird. Die Unbekannte wird, aus welchen Gründen auch immer, meistens nicht oder zu wenig berücksichtigt, was die folgenden Zahlen auch belegen:

Homepage Stadt SH:

Budget 98	Fr. 40'000.--	Rechnung 98	Fr. 72'883.85
Budget 99	Fr. 27'000.--	Rechnung 99	"on verra"
Budget 00	Fr. 25'000.--		

Sie konnten heute bereits feststellen, dass sich meine Befürchtungen hinsichtlich Begehrlichkeit, verbunden mit finanziellen Auswirkungen, ein erstes Mal bewahrheitet haben. Es sind zwar nur Fr. 300.-- pro Jahr. Aber ich bin überzeugt, die nächsten Forderungen, die nächsten Schritte kommen bestimmt.

**Deshalb beantrage ich, auf die Vorlage nicht einzutreten.** Gleichzeitig fordere ich den Stadtrat auf, eine neue Vorlage aufzugleisen, wo Varianten vorgestellt werden und die tatsächlichen Kosten dafür auch genannt werden. Dann kann man auch entscheiden. Zusätzlich sind in einer neuen Vorlage die anfallenden Kosten der Kto-Gruppe 0120/Grosser Stadtrat zu belasten und nicht im Sammelbecken "Homepage" untergehen zu lassen. Denn diese Kosten können genau zugeteilt werden, müssen doch die anfallenden Arbeiten extern vergeben werden. Eine Quersubventionierung ist auch im Hinblick auf WOV absolut unangebracht.

Es wäre doch schade, wenn es später einmal heissen würde: Ja, wenn ich gewusst hätte, was alles noch auf uns zugekommen ist, hätte ich diesem "Gugus" nie zugestimmt!

Für einen Kredit von 820 Franken pro Jahr habe ich fast zu lange gesprochen. Aber es geht schlussendlich nicht um den Betrag, sondern um das Prinzip.

Wenn eine Vorlage kommt, woraus ersichtlich ist, wovon man spricht, welches die effektiven Kosten sind und was man als Gegenwert erhält, so kann man darüber diskutieren und abstimmen. Aber mit diesem "Gugus" hier kann man nichts anfangen.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage nicht einzutreten. Der Stadtrat soll eine neue Vorlage ausarbeiten."

**Raphael Rohner (FDP)** Fraktionserklärung FDP/CVP "

"Namens einer Mehrheit der FDP/CVP-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, dass wir den Antrag der SVP auf Nichteintreten und Zurückweisung der Vorlage an den Stadtrat vollumfänglich unterstützen.

Zur Begründung kann ich grundsätzlich auf die in allen Punkten - vielleicht mit Ausnahme des "Gugus" - zutreffenden Ausführungen von Ratskollege Alfred Zollinger verweisen.

Ich möchte aber mit Nachdruck darauf hinweisen, dass auch unsere Fraktion nicht gegen die Veröffentlichung im Internet ist, sondern vielmehr den professionellen Auftritt im Internet wünscht nach dem Motto: Lieber von Anfang an etwas Rechtes und keine halben Sachen. Dies entspricht bestimmt auch dem Ansinnen des Motionärs.

In der heutigen Zeit können, dürfen und wollen wir uns der angestrebten Publikation in diesem neuen Medium nicht entziehen. Der Aspekt der "Öffentlichkeit des Ratsprotokolls" hat damit eine neue Dimension erhalten; diesem haben wir aber von Anfang an gerecht zu werden. Wenn wir auf die gutgemeinte, vom Sparwillen geprägte Vorlage des Stadtrates eintreten, werden wir schon in kurzer Zeit neue Vorlagen auf dem Tisch haben, die einen Ausbau dieser bescheidenen Veröffentlichungsvariante beinhalten werden. Stückwerke haben es aber zumeist an sich, dass sie schliesslich insgesamt mehr gekostet haben als eine solide Gesamtlösung. Auch das gilt es zu vermeiden.

Ich bitte Sie daher namens unserer Fraktion, dem Antrag Zollinger Folge zu leisten."

**Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Es ist schon ein wenig verwunderlich. Wenn Sie - Fredi Zollinger - schon sehr ausführlich das Protokoll der Sitzung, an der wir die Motion überwiesen haben, zitieren, dann werden Sie auch gelesen haben, dass der Stadtrat und ich persönlich mit klarem Wort darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Mehrkosten - wenn Sie mehr wollen - auch entsprechend ins Gewicht fallen. Aber Sie haben eben nicht das bestellt, was Sie jetzt bemängeln. Da gefallen Sie mir natürlich schon, wenn Sie sagen, Sie hätten hier eine Vorlage, welche ohne Hand, Kopf und Herz daher komme, wenn Sie von Anfang an keinen Kopf hinein legen.

Der Sparauftrag, der aus der Fraktion kommt, welche Sie vertreten, ist ein permanenter und wird immer wieder angemahnt. Den haben wir berücksichtigt. Wir haben das getan, was mit verfügbaren Mitteln unter Würdigung der im Moment zur Verfügung stehenden Datenmengen gemacht werden kann. Ich bin sehr froh um die Feststellung von GrSR Peter Neukomm, dass der SR den Auftrag, den er vom GrSR erhalten hat, den er durch die Debatte interpretieren konnte, sinnvoll erledigt hat. Ich bin etwas überrascht über die harschen Töne. Ich bin überhaupt nicht bereit - ausser Sie motionieren erneut -, jetzt eine Vorlage zurück zu nehmen und Ihnen eine Variantenlösung zu präsentieren. Das haben wir schon beim Sportstadion gehabt

und sind noch nicht weiter. Ferner haben wir das auch bei den Kehrlichtgebühren erlebt und sind immer noch nicht so weit. Auch in dieser Sache werden wir den Aufwand in der Stadtverwaltung nicht maximieren sondern minimieren.

Ich bin überzeugt, dass wir mit einem vernünftigen Vorschlag im Kostenbereich, den wir Ihnen heute gezeigt haben und der Ihnen der Antrag Neukomm eröffnet, eine sinnvolle Lösung präsentieren. Selbstverständlich werden wir diese Kosten nicht unter der Position des Internet-Auftritts, sondern in Zukunft unter der Pos. 0120 separat budgetieren. Diesen Wunsch kann ich Ihnen erfüllen, damit Sie genau feststellen können, wie hoch der Aufwand für den Teil, welcher den Rat betrifft, ist.

Ich bitte Sie, diese Vorlage nicht zurück zu weisen, sondern auch im Interesse der GO eben anzunehmen. Der § 23 ist heute relativ rudimentär formuliert. Wenn wir uns in der Geschäftsordnung zum Internet bekennen und uns dazu bekennen, dass die Protokolle auch in der Stadtbibliothek und in der Stadtkanzlei eingesehen werden können, dann ist das nicht mehr als Transparenz, und das wollen wir ja schliesslich alle.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und ihr im Sinne der positiven Entwicklung zuzustimmen."

**Peter Käppler (SP)** Votum

"Ich verstehe es auch nicht, was hier abläuft. Wir von der SP-Fraktion waren froh, dass mit dem Internet-Konzept, welches die Stadt bereits hat, die Ratsprotokolle problemlos eingefügt werden können. Ein selbständiger und neuer Auftritt würde bedeutend teurer zu stehen kommen, vor allem, wenn man dann noch mit gewissen Finessen wie blinkenden Bildchen etc. operieren würde.

Ich finde es übertrieben, wenn vorhin gesagt wurde, dass die Veröffentlichung der Ratsprotokolle im Internet vor allem eine Dienstleistung für die Mitglieder des GrSR darstelle, welche diese nutzen können.

Ich finde die vorgeschlagene Lösung gut. Sie zeigt, wie man mit wenig Geld mehr machen kann. Wir sind nicht für eine Rückweisung der Vorlage zu gewinnen, sondern wir bitten Sie, der Vorlage des SR zuzustimmen."

**Peter Neukomm (SP)** Votum

"Fredi Zollinger hat mich mit seinem Votum schon etwas herausgefordert. Ich staune, dass er nicht gemerkt hat, worum es in dieser Vorlage hauptsächlich geht. Es geht darum, unsere Geschäftsordnung zu ändern, das Öffentlichkeitsprinzip in der GO zu verankern. Das braucht eine Vorlage. Der Internet-Auftritt unseres Rates ist ja nur ein Nebenaspekt. Wir haben gemerkt, dass die gesetzlichen Grundlagen unserer GO für mehr Transparenz in der Öffentlichkeit nicht ausreichend sind. Die Stadtkanzlei hat einen Vorschlag hinsichtlich der neuen Formulierung des § 23 ausgearbeitet, den Sie auf Seite 5 der Vorlage haben. Dieser blieb unbestritten. Ich habe im Ratsbüro ausdrücklich zurück gefragt, ob sich in den Fraktionen Widerstand geregt habe. Da staune ich schon, wenn man heute kommt und einen Antrag auf Nichteintreten stellt. Im Ratsbüro hat es noch geheissen, in den Fraktionen habe es keine Diskussionen gegeben.

Mich erstaunt der Widerstand auch aus einem anderen Grund. Ich weiss nicht, gegen wen oder gegen was man sich heute profilieren will - gegen die 300 Franken oder gegen die Urheber der Motion. Aber es scheint schon ein wenig merkwürdig - wenn der SR schon bereit ist, die Kosten transparent aufzuschlüsseln -, dass man dann noch mit Mutmassungen kommt, das würde mehr kosten.

Ich weiss nicht, ob die Gegner, die heute für Nichteintreten votieren, das bei der zuständigen Firma abgeklärt haben. Ich denke, dass die Stadtkanzlei dies seriös abgeklärt hat.

Es geht darum, dass wir die Möglichkeit haben - wie in anderen Parlamenten von Kommunen, Kanton und Bund -, über das Internet auf die Wortprotokolle zuzugreifen; und zwar nicht nur wir, sondern auch der Bürger. Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie jetzt Nein. Es geht nur um das und um nichts anderes. Aber wenn Sie diesen Auftritt im Internet wollen, dann müssen Sie heute Ja sagen, sonst stehen Sie sich aus der Verantwortung."

**Bea Hauser (SP)**

## Votum

"Erst Blumenträge, dann beinhebende Hunde und jetzt noch das "Täubeln" wegen des Protokolls im Internet für lächerliche 800 Franken im Jahr. Wissen Sie eigentlich, wie Sie sich anhören? Wie ein Haufen quengelnder Kinder! Wir haben eine Traktandenliste. Da reden wir über die Reorganisation des Stadtschulrates, wir reden von Parkplätzen - heben wir sie auf oder nicht? Wir reden von der zukünftigen Stadtplanung. Jetzt ist es 18.10 Uhr und Sie reden stundenlang über klare Dinge, Sie bringen überflüssige Voten zum Thema Veröffentlichung der Ratsprotokolle im Internet. Sie haben es in der Vorlage gelesen: Wenn das Angebot nicht genutzt wird, schaffen wir es wieder ab. Bitte stimmen Sie dieser Vorlage zu."

**Roland Schöttle (FDP)**

## Votum

"Ich verstehe einerseits das Votum von Stadtpräsident Marcel Wenger, andererseits überrascht es mich doch. Ich bin absolut kein Internet-Fachmann. Ich habe jedoch festgestellt, dass sich die Ratsmitglieder einig sind, dass man der modernen Kommunikation nachleben und die Ratsprotokolle via Internet veröffentlichen muss. Das ist eine Gemeinsamkeit. Es sollte jetzt nicht auf Prestige gemacht werden. Ich gehe davon aus, dass die möglichen Nutzer dieser Dienstleistung - Ratsmitglieder, Journalisten, Verbandsverantwortliche und andere Leute - vor allem auf bestimmte Themen in den Ratsprotokollen zurückgreifen möchten. Es geht mir vordergründig darum, herauszufinden - wenn ich zu einem Geschäft ein Votum vorbereite -, ob zu diesem Thema bereits einmal votiert worden ist. Ich habe nun verstanden, dass die vorgeschlagene Methode offenbar technisch nicht genügend ist. Ich möchte einen Suchbegriff über sämtliche im Internet vorhandenen Ratsprotokolle anwenden können und nicht beschränkt auf ein einzelnes Ratsprotokoll. In diesem Sinne glaube ich, dass der Antrag von Alfred Zollinger und von Raphael Rohner nicht eine Rüge oder unsachliche Kritik ist, sondern allenfalls der Wunsch nach einem Ausbau dieses Systems. Der Stadtrat täte vielleicht gut daran, einen solchen Antrag anzunehmen und eine solche Vorlage zu prüfen. Mein Verständnis geht dahin, dass die vorgeschlagene Lösung den erwähnten Makel hat."

**Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Ich bin sehr froh um das Votum von Roland Schöttle. Dann wäre die adäquate Reaktion die, dass wir diesen Auftrag entgegen nehmen und sobald die Datenmenge ausreichend ist - während wir mit PDF diese Vorbereitung für ein Suchprogramm

schon schaffen, - Ihnen im Sinne eines Auftrages zusätzlich dann beim Budget separaten Bericht und Antrag stellen. Das mache ich sehr gerne. Aber deswegen - weil wir das im Moment noch nicht machen können, weil wir es nicht abschätzen können - zu sagen, wir treten auf die Vorlage gar nicht ein und werfen gleichzeitig noch die ganze Revision des § 23 der GO über Bord, ist etwas, was mich beschäftigt.

Ich wäre froh, wenn wir in diesem Sinn sagen können: Gut, der SR hat den Auftrag, weiter zu machen, er muss aber in einer separaten Position erklären, was er mit welchen Kosten wann einführen will und kann."

**Peter Neukomm (SP)**                      Votum

"Ich bin froh, dass Roland Schöttle das aufgegriffen hat. Es steht offensichtlich ein Missverständnis im Raum. Genau dieses Anliegen, das er vorgebracht hat, habe ich auch gehabt, als ich die Vorlage bekam. Es war daraus nicht ersichtlich, wie weit man nach Suchbegriffen über ein einzelnes Protokoll hinaus auf andere Ratsprotokolle zugreifen kann. Das ist genau das Problem von Word. Das hat die Abklärung durch den Stadtschreiber-Stv. bei der zuständigen Firma ergeben. Innerhalb des Word-Dokumentes kann man problemlos nach Suchbegriffen suchen. Aber wir möchten ja über ein einzelnes Dokument hinaus nach Suchbegriffen suchen können. Darum hat die Firma, welche den Auftritt der Stadt managt, uns empfohlen, neben dem Word-Dokument das PDF-Format zu verwenden, weil man da übergreifend die laufende Indexierung und die Suchfunktionen machen kann. Genau deswegen. Das kostet halt dann 300 Franken mehr, weil man noch ein zweites Format hat. Wenn Sie nach einem Suchbegriff suchen wollen, dann gehen Sie über das Such-Tool, welches noch eingerichtet werden muss. Dann finden Sie das PDF-Protokoll und können nachher immer noch das entsprechende Word-Protokoll herunterladen."

**Gertrud Walch (SVP)**                      Votum

"Ich reagiere auf das Votum von Bea Hauser. So empfindlich darf man auch nicht sein. Wir dürfen hier doch verschiedene Standpunkte vertreten.

Auch zu Peter Neukomm möchte ich etwas sagen. Wir sind doch hier, um die Sache zu klären. Wir beraten die Geschäfte im Büro vor. Nachher geht es in die Fraktions-Sitzung, wo über die anstehenden Geschäfte diskutiert wird. Die dort vorgebrachten Argumente, Einwände und Ergänzungen sind mir nicht im Voraus bekannt und können deshalb nicht bereits an der vorausgehenden Bürositzung deponiert werden.

Ich bin für die Vorlage und für das Vorgehen, wie es geplant ist. Die Veröffentlichung im Internet ist nicht nur für die Ratsmitglieder dienlich, sondern es ist auch für weitere BenutzerInnen interessant, nachzuschauen, was im Rat passiert ist."

**Max Zimmermann (parteilos)**              Votum

"Die Idee ist nicht falsch. Die meisten Ratsmitglieder besitzen heute einen PC oder einen Laptop. Es ist sicher zweckmässig, wenn man via Internet mittels Suchbegriffen nachschauen kann, was wann im Rat besprochen wurde.

Mich interessiert jedoch, wie lange die Protokolle im Internet gespeichert bleiben und ob diese Veröffentlichung via Internet primär nur für die aktiven Ratsmitglieder gemacht wird, oder ob damit eine Zugriffsmöglichkeit für die Mutterpartei grösserer Parteien geschaffen werden soll, damit diese sehen, was ihre "Söhne und Töchter" in den kommunalen Parlamenten machen. Ich habe da gewisse Zweifel. Was ist der

Nutzen? Es wäre interessant zu erfahren, wieviele Mitglieder unseres städt. Parlamentes bereits heute die Möglichkeit des Internet-Zugriffs haben."

**Urs Tanner (SP)** Votum

"Sie können doch das Baby nicht abtreiben, weil Ihnen die Kinderkleider nicht gefallen. Das "Baby" ist die gesetzliche Grundlage - diese Geschäftsordnung § 23. Da steht sauber und klar alles drin.

Wenn Sie dem Antrag Zollinger zustimmen, dann können Sie die Jugend in die unpolitische Wüste schicken. Es geht um einen Grundsatzentscheid, um einen sauberen § 23. Stimmen Sie doch diesem zu!"

**Jakob Deppe (FDP)** Votum

"Ich bin auch damit einverstanden, dass die GO des GrSR angepasst und der § 23 wie vorgeschlagen geändert wird.

Ich möchte Ihnen weiter vorschlagen, dass wir die Punkte 3 und 4 des stadträtlichen Antrages streichen, und dass hierzu möglichst rasch eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet wird und zwar im Sinne von: Wir wollen für mehr Geld auch mehr Service. Bei der EDV ist es eine alte Geschichte: Man fängt klein an, dann beginnt es zu wuchern. Das wollen wir vermeiden."

**Raphael Rohner (FDP)** Votum

"Ich denke, das ist ein guter Vorschlag, den wir von Köbi Deppe gehört haben. Ich kann mich dem anschliessen, und ich denke die Mehrzahl meiner Kolleginnen und Kollegen auch."

Der Votant findet es nicht fair, dass ihm und Fredi Zollinger quasi vorgeworfen wurde, sie seien gegen einen Internet-Auftritt bzw. gegen die dortige Veröffentlichung des Ratsprotokolles. Das treffe nicht zu.

"Im übrigen haben wir dem Sparwillen des SR, der sich in dieser bescheidenen Vorlage klar äussert, unsere Beachtung geschenkt. Dies kann man getrost nach aussen tragen."

**Alfred Zollinger (SVP)** Votum

"Ich möchte auf das Votum von Peter Neukomm zurückkommen. Der Paragraph 23 ist mir bestens bekannt. Es ist mir bewusst, dass dieser geändert werden muss. Ich war am 1. Dez. 1998 selbst dabei, als beschlossen wurde, das Beschluss-Protokoll im Internet zu veröffentlichen. Es wurde aber auch beschlossen und so kommuniziert, dass dies bei der nächsten Änderung der GO eingebaut werde. Die Änderung des § 23 hat m.E. nicht unbedingt erste Priorität.

Ich kann mich jedoch ohne weiteres dem Vorschlag von Köbi Deppe anschliessen. Wenn dieser Vorschlag die Zustimmung des Rates findet, werde ich meinen Antrag zurückziehen.

Der § 23 kann - so wie er in der Vorlage formuliert ist - stehen bleiben. Ich habe nichts gegen eine Veröffentlichung des Ratsprotokolls im Internet. Aber ich möchte ein benutzerfreundliches System, wobei ich mir bewusst bin, dass dieses etwas mehr kostet. Aber ich bleibe bei meiner Aussage, dass dieses Instrument prioritär von den ParlamentarierInnen benutzt werden wird. Dann soll es auch etwas bringen und so gestaltet sein, dass man damit arbeiten kann."

**Marlise Stöckli (EVP)** Votum

"Die Transparenz ist zu befürworten, die neue Technologie ebenfalls. Wenn die Vorlage noch ergänzt wird mit der Installation des Such-Tools, so dürfte unser

Anliegen erfüllt sein. Winden wir doch dem SR ein Kränzchen für die gute und kostengünstige Vorlage."

**Peter Möller (GB)** Votum

"Ich glaube allen, dass sie dafür sind, dass die Ratsprotokolle via Internet veröffentlicht werden. Aber der Vorschlag von Köbi Deppe, Punkt 3 und 4 der Anträge zu streichen, bringt nichts.

Ich bin froh um die Ergänzung, welche das Büro angebracht hat, weil die Protokolle so nachher nutzbar sind für uns, für andere ParlamentarierInnen, für JournalistInnen und für politisch stark engagierte Menschen, welche sich durch die Ratsprotokolle kämpfen - sei es mit sehr ausgeklügelten Suchmechanismen oder mit einfachen Such-Abfragen.

Ich bin der Meinung, dass wir der Vorlage so zustimmen können, wie sie abgefasst ist."

**Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Ich mache Ihnen die Offerte wie vorhin versprochen: Wir fahren mit dem Grundsatz: *Die Beschlussprotokolle werden unmittelbar nach ihrer Unterzeichnung im Internet veröffentlicht.*

*Die vollständigen Protokolle werden nach ihrer Genehmigung durch das Büro im Internet veröffentlicht. Das Büro kann nach vorheriger Information des Rates auf die Veröffentlichung der vollständigen Protokolle verzichten, wenn das Interesse sie nicht mehr rechtfertigt.*

Dieses Interesse ist über einen Zeitraum von mind. einem Jahr zu verfolgen. Das sind Vollzugsaufgaben.

Ich verspreche Ihnen - dies zur Beruhigung auch der SVP- und FDP-Fraktion -, dass wir wirklich darauf achten werden, Ihnen für das Budget 2001 die allf. Mehrkosten dann in einem separaten Bericht und Antrag zu zeigen. Aber lassen Sie bitte doch den Grundsatz der GO stehen, dass die Sache im Internet veröffentlicht werden kann."

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"Es ist nicht die Meinung, dass man bei Weglassen von Punkt 3 und 4 der Anträge nichts macht. Vielmehr ist die Meinung, dass man das professionell erwägen soll. Vielleicht müsste man den Punkt 3 und 4 in dem Sinn ändern, dass man den Auftrag an den SR erteilt, das im professionellen Sinn zu prüfen und Antrag zu stellen."

Der Votant erkundigt sich nochmals, ob das vom Motionär ins Auge gefasste Such-Tool wirklich umfassend sei, d.h. ob das Absuchen und Aufzeigen der Protokollstellen unter einem frei gewählten Stichwort z.B. "Tempo 30" über einen Zeitraum von einem Jahr oder länger möglich sei. Dazu wünscht der Votant noch eine Fachauskunft.

**Erwin Sutter (EDU)** Votum

"Ich kann diese Fachauskunft nicht geben. Ich bin kein Spezialist für PDF-Formate. Aber ich bin der Meinung, dass wir an dieser Vorlage festhalten sollten. Es ist ein Beginn. Wir können nicht von Anfang an über ein ganzes Jahr suchen. Wir müssen irgendwann einmal starten. Wenn wir dann sehen, dass wir mehr Verknüpfungen

oder Suchmöglichkeiten haben möchten, dann kann man das via Budget einbringen."

**Peter Neukomm (SP)** ist ebenfalls der Meinung, dass es richtig sei, jetzt einmal im Internet zu starten. "Das Anliegen von Roland Schöttle war auch mein Anliegen. Ich verlasse mich auf die Auskunft der Stadtkanzlei, welche dies mit dem Techniker abgeklärt hat. Ich bin nicht der Techniker, ich bin der "User". Der von der Stadt beauftragte Webmaster schlägt wie bereits erwähnt diese Lösung vor. Wenn Sie die vorgeschlagene Lösung in Frage stellen, da Sie Ihrer Meinung nach technisch nicht machbar oder falsch ist, kann ich dazu keine Stellung nehmen, weil ich nicht Techniker bin. Ich muss mich auf die erhaltene Auskunft verlassen. Ich gehe jedoch in guten Treuen davon aus, dass dies funktionieren wird.

Übrigens stelle ich auch einen Gesinnungswandel fest. Das letzte Mal, als wir dieses Thema diskutierten, sagte man noch bezüglich der Gestaltung und Detailausführung, dass dies der SR zusammen mit dem Büro auf die Schiene bringen soll. Jetzt wollen Alle mitsprechen. Das finde ich sehr gut. Aber ich möchte nicht, dass durch eine Zurückweisung der Vorlage wiederum Monate vergehen, bis man endlich im Internet starten kann."

**Peter Möller (GB)** Votum

"Bei den PDF-Dateien, mit denen ich arbeite - ab CD, über verschiedene Quellen (Dateien) -, kann ich im PDF drin suchen, wenn sie indexiert sind - die automatische Indexierung ist im Vorschlag enthalten. Es müsste gehen - es geht!"

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass ein Antrag auf Nichteintreten seitens Alfred Zollinger (SVP) vorliegt.

### ABSTIMMUNG

Der Antrag von Alfred Zollinger (SVP) auf NICHEINTRETEN auf die Vorlage unterliegt mit 7 : 35 Stimmen.

### DETAILBERATUNG

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Seitenzahlen 1 - 4 der Vorlage.

Das Wort hierzu wird nicht verlangt.

### ANTRÄGE

**Peter Neukomm, 1. Vizepräsident** verliest die Anträge auf Seite 5 der Vorlage.

- 1 . Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom **18.** Januar 2000 betreffend Änderung der Geschäftsordnung (Veröffentlichung des Ratsprotokolls).

(Alfons Cadario (EVP) hat richtigerweise auf das in der Vorlage fehlende exakte Datum hingewiesen.)

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Die Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates Schaffhausen vom 13. Dezember 1983 wird wie folgt geändert:

Genehmigung und  
Veröffentlichung  
des Protokolls

§ 23

- 1 Die Protokolle werden vom Büro geprüft und genehmigt.*
- 2 Sie werden allen Fraktionspräsidenten zugestellt. Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung liegt während der nächsten Sitzung beim Sekretär auf. Begehren auf Änderung sind dem Büro zu melden, das darüber befindet.*
- 3 Protokolle früherer Sitzungen können von den Mitgliedern bei der Stadtkanzlei eingesehen werden. Auf Verlangen werden Auszüge erstellt. Der Öffentlichkeit stehen die Protokolle in der Stadtbibliothek und im Stadtarchiv zur Einsicht offen.*
- 4 Die Beschlussprotokolle werden unmittelbar nach ihrer Unterzeichnung im Internet veröffentlicht.*
- 5 Die vollständigen Protokolle werden nach ihrer Genehmigung durch das Büro im Internet veröffentlicht. Das Büro kann nach vorheriger Information des Rates auf die Veröffentlichung der vollständigen Protokolle verzichten, wenn das Interesse sie nicht mehr rechtfertigt.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen

3. Für das Einrichten der Internetseite "Archiv Ratsprotokolle" wird ein Kredit von Fr. 800.-- zu Lasten Pos. 0120.318.00 bewilligt.  
**Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Budget 2001 allfällige Erweiterungen und Verbesserungen des Tools separat vorzuschlagen.**
- Der Kredit wurde aufgrund der Ausführungen von Peter Neukomm (SP) von Fr. 520.-- auf Fr. 800.-- erhöht.
  - Die zu belastende Kostenstelle wurde auf Antrag von Alfred Zollinger (SVP) von 0290.318.13 Internet Homepage auf 0120 Grosser Stadtrat geändert.
  - Der kursiv geschriebene Text in Punkt 3 wurde auf Antrag des Stadtpräsidenten Marcel Wenger ergänzend aufgenommen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

4. Die Motion "Öffentlichkeit des Ratsprotokolls" von Grossstadtrat Peter Neukomm wird als erledigt abgeschrieben.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

An dieser Stelle verweist **Alfred Zollinger (SVP)** auf den Hinweis in der stadträtlichen Vorlage, Seite 4, oberste Zeile, wonach nach ca. zwei Jahren zu prüfen sei, wie intensiv die Vollprotokolle genutzt werden. Er fragt, ob es nicht zweckmässig wäre, dies als Auftrag noch bei den Anträgen aufzuführen. **Stadtpräsident M. Wenger** gibt die Zusicherung, dass darüber im Geschäftsbericht des SR informiert werde. A. Zollinger verzichtet in der Folge auf einen diesbezüglichen Antrag.

### SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR zu und heisst die modifizierten Anträge mit **36 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

### Traktandum 3 MOTION Raphael Rohner (FDP) Reorganisation des Stadtschulrates Beantwortung u. Beschlussfass.

---

Die Motion wurde am 22. Februar 2000 begründet.

**Raphael Rohner (FDP)** Ergänzende Erklärung des Motionärs \*  
"Erlauben Sie mir, vor der Diskussion über die von mir am 16. Februar 2000 eingereichte Motion zur Reorganisation des Stadtschulrates dem Schulreferenten ein kleines Kompliment auszusprechen für sein rasches Handeln.

Am 22. Februar 2000 habe ich - nachdem Sie meine Motion richtigerweise für dringlich erklärt haben - Gelegenheit gehabt, diese zu begründen - mithin meine Absicht im Detail zu formulieren und die Aufträge an den Stadtrat zu substantiieren.

Es wurde auf eine sofortige Diskussion verzichtet, damit den Fraktionen die Möglichkeit gewährt werden konnte, intern zu beraten im Hinblick auf die heutige Sitzung.

Ich habe damals darauf hingewiesen, dass der Stadtrat beauftragt werden solle, in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat nicht nur die Entschädigungsfrage zu prüfen, sondern auch die bestehenden Strukturen zu hinterfragen und nach allfälligen Reorganisationsmöglichkeiten zu suchen.

Wir haben nun eine klar auf die Pensenerhöhung und damit im Zusammenhang stehende Erhöhung der Entschädigung ausgerichtete Vorlage des Stadtrates auf dem Tisch liegen, die ich zur Zeit nicht kommentieren möchte, da sie entsprechend den parlamentarischen Regeln zuerst in einer Spezialkommission beraten werden muss. Sie kann daher auch nicht Gegenstand der heutigen Diskussion sein und ich bitte Sie, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Nachdem nun dieser Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegt, könnte man leicht versucht sein zu sagen, die Motion sei damit gegenstandslos geworden. Ich denke aber, dass dem nicht so ist.

Gerade weil die stadträtliche Vorlage nur eine Pensenerhöhung und die Verbesserung der Entschädigung der Mitglieder des Stadtschulrates anstrebt, ohne sich zu grundsätzlichen organisatorischen und strukturellen Fragen zu äussern, muss die mit meiner Motion angesprochene Problematik meines Erachtens diskutiert und die Motion anschliessend als erheblich erklärt überwiesen werden.

Es macht nämlich durchaus Sinn, sich ernsthaft zu fragen, inwieweit bestehende Strukturen im Rahmen der geltenden Schulgesetzgebung und der Kompetenzen der Gemeinden verändert werden können, indem beispielsweise administrative Aufgaben an Kommissionen delegiert oder die Zahl der Schulbehördenmitglieder erhöht werden, um damit die für die Wahrnehmung der schulrätlichen Kernaufgaben notwendigen Kapazitäten zu schaffen. Dies macht sehr wohl Sinn, bedarf aber zuerst einer sorgfältigen und umfassenden Evaluation der verschiedenen Szenarien innerhalb der Behörde selber, bevor dann ein entsprechender Bericht und Antrag formuliert werden kann. Im Übrigen wird diese Notwendigkeit auch in der stadträtlichen Vorlage auf S. 5 explizit bejaht, ohne dass aber näher darauf eingetreten wird. Selbstverständlich muss aber auch die Entschädigungsfrage ein Thema bleiben, zumal wir eine gut ausgewogene und kompetente Besetzung dieser wichtigen Behörde anstreben.

Wenn wir die Motion überweisen, dann ist der Auftrag an den Stadtrat insofern weiter formuliert, als dass eine Fokussierung auf die Entschädigungsfrage allein ausgeschlossen ist, dass mithin die Diskussion über strukturelle Reorganisationsmöglichkeiten nicht nur möglich bleibt, sondern tatsächlich auch durchgeführt werden muss. Und das ist von erheblicher Bedeutung, sofern wir eine nicht nur kurzfristig tragbare, sondern auch längerfristig befriedigende Lösung anstreben wollen.

Ich bitte Sie, diese Überlegungen in der Diskussion zu berücksichtigen und danke Ihnen für Ihre nochmalige Aufmerksamkeit."

**Stadtrat Werner Widmer**                      Stellungnahme des Stadtrates

"Ich habe keine ausformulierte Antwort auf die Motion von Raphael Rohner, weil wir Ihnen zwischenzeitlich die Vorlage wie angekündigt vorgelegt haben. Ich habe bereits im Frühjahr 1998 gesagt - da war GrSR Rohner noch Mitglied des Stadtschulrates - dass wir spätestens im 1. Quartal 2000 mit einer Vorlage in dieses Gremium treten werden. Der Stadtrat hat heute Vormittag auf meinen Antrag hin gesagt, dass wir Sie bitten, diese Motion zu überweisen. Wir würden ganz formell - wenn die Vorlage von der Kommission durchberaten und vom Parlament abgesegnet ist, einen weiteren Antrag einfügen, der die Abschreibung der Motion Rohner dann beinhalten wird. Es ist trotzdem neu, dass der Motionär im Sinne einer Nachdoppelung noch gewisse Dinge nachliefert, die ich schon vorher verstanden habe.

Der Motionär spricht richtigerweise in seinem formulierten Auftrag von Strukturen und Entschädigungen und der Evaluation von Reorganisations-Modellen. Ich weiss, es ist an und für sich in der Vorlage angezeigt, die wir aber heute wirklich nicht diskutieren wollen; die SPK hierfür ist bestellt. Aber drei Dinge möchte ich dazu sagen.

Natürlich ist diese Vorlage abgeltungslastig. Das ist der erste Schritt, den wir dringend jetzt tun müssen. Wir haben das so angesetzt, dass dies gemäss Richtposition der Stadtverwaltung jenen Positionen entspricht, die adäquat auch gemäss den Verantwortlichkeiten abgegolten werden muss. Das ist eine politische Konsequenz, eine teilweise Abkehr vom Miliz-System. Wir können bei diesem riesigen Geschäft "Dienstleistung Schule" in dieser Stadt nicht mehr davon ausgehen, dass da hilfsbereite Geister diese Arbeit quasi zu einem karitativen Tarif erledigen. Das Strukturelle haben wir Ihnen auch angezeigt. Wir wollen mit der Kompetenz- und Verantwortungsdelegation in die Schulhäuser auch dafür sorgen, dass unsere Schulrätinnen und Schulräte nicht wegen jeder Kleinigkeit springen müssen, um Konflikte usw. zu lösen.

Aber auch das hat der Motionär erkannt und gesehen, dass die Aufsichtspflicht, wie sie im übergeordneten Recht (im Schulgesetz bzw. im Schuldekret) stipuliert ist, nicht delegiert werden kann. Das bleibt Aufgabe der Behörde.

Bezüglich der Evaluation von Reorganisationsmöglichkeiten sind wir uns auch ganz klar bewusst - hier spreche ich auch im Namen des Stadtschulrates -, dass dies ein weiterer zentraler Schritt sein muss. Persönlich sage ich Ihnen als Schulreferent auch noch, dass ich das gerne mit einer Minireorganisation des Schulamtes verknüpfen möchte. Als Folge einer Vakanz in der Führungsetage haben wir die Möglichkeit, dies jetzt auch neu zu überprüfen. Es geht darum, eine engere Verknüpfung von pädagogischen und administrativen Elementen im Schulamt als Dienststelle unter anderem für den Schulrat zu ermöglichen. Dazu gehört z.B. auch die Option des Einsatzes eines pädagogischen Mitarbeiters, auch wenn das keine Vollzeit-Stelle sein wird. Aber das wird sich alles innerhalb des Stellenplan-Daches, welches Sie 1992 bewilligt haben, befinden.

Wir sind auf gutem Wege. Wir werden alle Instanzen einbeziehen, um den Anliegen der Motionäre wirklich gerecht zu werden. Ich hoffe sehr, dass SPK und Parlament den ersten notwendigen Schritt schon bald nachvollziehen können als Start zu einer umfassenden Reorganisation des Amtes und der Behörde."

**Esther Bänziger (SP)** Fraktionserklärung \*

"Ich bin Raphael Rohner sehr dankbar für seine Motion. Als Lehrerin sehe ich diesen dringenden Handlungsbedarf zur Reorganisation natürlich schon lange, d.h. ich habe hier auch hin und wieder moniert, dass die pädagogische MitarbeiterInnenstelle z.B. einfach fehle. Diese Stelle wurde bei der letzten Reorganisation 1992 geschaffen und dann leider beim Weggang von Stephan Brügel fallen gelassen. Ich bin froh, von SR Widmer soeben gehört zu haben, dass die pädagogische Unterstützung bei unserer Schulbehörde vermutlich doch fehlt.

Innerhalb unserer Fraktion habe ich immer wieder energisch darauf hingewiesen, dass die Schulbehörde hinsichtlich der gestiegenen Anforderungen - sehr extrem seit Einführung des LQS anfangs 1998 - einfach nicht professionell genug operieren könne. Und wenn der Schulrat auch z.T. ein Gremium von Ehrenamtlichen ist, stimmte die Entschädigung bei weitem nicht mehr!

Heute bin ich darum glücklich, dass diese Motion von bürgerlicher Seite kommt. Dadurch ist das Anliegen breit abgestützt und hat alle Chancen, die nötige Resonanz zu finden. Dass unser Schulreferent Werner Widmer vor zwei Wochen bereits die Vorlage ankündigen konnte, in deren Besitz wir unterdessen sind, ist eigentlich nur

logisch, wenn wir bedenken, dass dieses Jahr Gesamterneuerungswahlen stattfinden. Zudem wissen wir seit geraumer Zeit, dass Silvia Pfeiffer ihr Präsidentsamt zur Verfügung stellt.

Ich glaube, dass alle, die an der Schule auch nur ein klein wenig Anteil nehmen, wissen, dass sowohl Strukturen wie auch Entschädigungen absolut nicht mehr zeitgemäss, ja geradezu unrealistisch sind! Auf dieser Basis wird es kaum möglich sein, genügend engagierte, motivierte und vor allem qualifizierte Menschen zu finden, die bereit sind, ein solch verantwortungs- und anspruchsvolles Amt zu übernehmen!

Und das wäre für unser Schulwesen katastrophal!

Die Schule steht unter einem derartigen Entwicklungs- und Reformdruck, dass eine professionelle Behörde absolut zwingend ist! Und dass dazu eine entsprechende Entschädigung gehört, ist die Folge davon.

Weil jetzt, wie erwähnt, bereits die Vorlage des Stadtrates vom 29.2.2000 "Anpassung der Entschädigungen für das Schulpräsidium und die Mitglieder des Stadtschulrates" auf dem Tisch liegt, wir wohl heute die Spezialkommission einsetzen werden, erübrigt es sich, ausführlicher zu werden.

Abschliessend darum: Es pressiert, überweisen wir deshalb die Motion aus tiefer Ueberzeugung - und machen wir uns unmittelbar an die Kommissionsarbeit. Vermutlich kann diese Motion - so bald wie selten eine - abgeschlossen werden!

Heutige und zukünftige Behördemitglieder und die ganze Schule werden Ihnen danken. Die SP-Fraktion wird die Motion jedenfalls einstimmig und ohne Fragezeichen überweisen!"

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es ein dringendes Bedürfnis ist, auf die Änderung der Abgeltung der Schulratsmitglieder einzutreten, was in der stadträtlichen Vorlage ja vorhanden ist. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass der Schulreferent offenbar seit 1998 an der Vorbereitung dieser Vorlage war. Ich wundere mich nun aber - unter Berücksichtigung dieser zwei Punkte -, dass er jetzt nicht die Gesamtheit der Veränderung in diesen Ämtern in den Vordergrund stellt. Wenn Wahlen anstehen im Herbst dieses Jahres, so ist das auch nicht erst bekannt seit der Eingabe unserer Motion.

Ich bitte die SPK, welche diese Vorlage bearbeitet, die Überweisung der Motion, die ich sehr empfehle, ebenfalls gehörig zu würdigen und das Gesamtpaket zu bearbeiten. Ich denke, es ist der Sache schlecht gedient, wenn man nur die finanzielle Abgeltung auf dem Schnellzugsweg regelt, sondern es ist wichtig, im Sinne von Esther Bänziger dieses Thema schnell in der Gesamtheit zu bearbeiten, damit die Motion bald abgeschlossen werden kann. Dafür mache ich eine Empfehlung an die SPK."

**Hansueli Alder (OeBS)** Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB \*

"Wie hoch die Anforderungen bezüglich Fachkompetenz und Einsatzbereitschaft an jedes einzelne Mitglied des Stadtschulrates sind, wurde bereits ausführlich geschildert; es steht auch in der stadträtlichen Vorlage.

Dass, um auch in absehbarer Zukunft geeignete Mitglieder für diese Behörde zu finden, dringend Massnahmen ergriffen werden müssen, wurde allgemein erkannt und dürfte kaum umstritten sein. Die Anpassung der Entschädigungen an den effektiven Arbeitseinsatz und die Einordnung in eine adäquate Besoldungsklasse, wie sie die Vorlage des Stadtrates vom 29. Februar vorsieht, kann deshalb als erste kurzfristige Massnahme ein geeignetes Mittel zur Begegnung der sonst drohenden Unterbesetzung des Stadtschulrates sein.

Mit der Anpassung der Besoldung allein dürfte das Problem, aber zumindest mittelfristig nicht gelöst sein - dies muss auch der Stadtrat in seiner Vorlage eingestehen.

Ursprünglich als Nebenamt für Erwerbstätige gedacht, fordert das in den letzten Jahren mit immer mehr Aufgabenbereichen versehene Amt des Stadtschulrates zum heutigen Zeitpunkt ein Wochenpensum von rund 30 bis 35 Prozent. Zu beachten ist dabei, dass ein grosser Teil der Arbeit (Stichwort - Schulbesuche) tagsüber unter der Woche geleistet werden muss, also zu einer Zeit, zu der Erwerbstätige üblicherweise eingespannt sind. Spätestens bei der Betrachtung der Tatsache, dass sich das Pensum nicht regelmässig über das ganze Jahr verteilt, sondern es zu eigentlichen Spitzenzeiten kommt, bei denen sich der Arbeitseinsatz gut und gerne verdoppeln kann, wird klar, dass hier von Nebenamt keine Rede mehr sein kann, sondern das Profil viel eher einer Teilzeitstelle in der Wirtschaft entspricht.

Doch Hand aufs Herz: Würden Sie sich für eine solche 35 Prozent-Stelle bewerben, welche Manager-Fähigkeiten voraussetzt, wenn Sie selber bereits im Erwerbsleben stehen? Ich denke, wohl kaum, selbst wenn wir davon ausgehen, dass Sie nur zu 50 Prozent fest angestellt sind und das Amt des Stadtschulrates rein aufgrund der Stellenprocente durchaus annehmen könnten. Denn es wird wohl nur wenige Arbeitgeber geben, die bereit sind, zeitweise fast ganz auf die Mitarbeit ihrer Angestellten oder ihres Angestellten zu verzichten.

So gesehen wird die Auswahl an Personen, die auch nach einer Anpassung der Entschädigungen in der Lage sind, sich für das Amt des Stadtschulrates zur Verfügung zu stellen, nach wie vor sehr klein sein. Und es bleibt deshalb mehr als fraglich, ob es mit der heutigen Organisation in absehbarer Zeit noch gelingen wird, für das qualitativ anspruchsvolle Amt die besten und geeignetsten Personen zu finden.

Wir sind daher ebenfalls der Meinung, dass es zusätzlich zur Anpassung der Entschädigungen eine Notwendigkeit ist, dass der Stadtrat zusammen mit dem Stadtschulrat unverzüglich damit beginnt, die bestehenden Organisationsstrukturen zu überprüfen und nach neuen, zeitgemässen Modellen zu suchen, die dem veränderten schulischen Umfeld gerecht werden. Nach unseren Vorstellungen sollte dabei aber nicht eine weitere Professionalisierung - damit ist nicht die Professionalisierung der Arbeit, sondern die Abwendung vom Miliz-System gemeint - im Vordergrund stehen, sondern vielmehr sollte ein gangbarer Weg gesucht werden, wie das Gremium personell aufgestockt und das Amt des Stadtschulrates im effektiven Nebenamt (max. 20 Prozent) ausgeübt werden kann, wie dies in anderen Gemeinden erfolgreich praktiziert wird.

Die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion hat deshalb einstimmig entschieden, die Motion als erheblich zu erklären. Sie wird für eine Überweisung an den Stadtrat stimmen."

**Esther Bänziger (SP)**                      Votum

"Nur kurz zum Votum von Roland Schöttle: Es ist ganz klar, dass wir die Schule gesamthaft anschauen. Ich bin sehr froh, dass sich im Schulamt einiges tut und dort Möglichkeiten offen stehen. Es ist wichtig, dass jetzt finanzielle Zeichen gesetzt werden, weil diese Wahlen anstehen. Die Schulratspräsidentin hat angekündigt, dass sie zurücktreten will. Vielleicht treten noch andere Mitglieder zurück. Es ist wichtig, dass alle Parteifunktionäre, die Leute für dieses Amt suchen müssen, wissen, dass es jetzt anders aussieht."

**Max Zimmermann (parteilos)**                      Votum

"Mit dieser Motion wird ein Thema aufgegriffen, welches seinen Anfang 1995 im Grossen Rat nahm. Auf nationaler Ebene war das Thema LehrerInnen-Qualifikation schon früher aktuell. In Schaffhausen wurde das Thema 1995 aktuell, als Mitte Jahr eine Vorlage in den Grossen Rat kam. Im November 1995 hat der Grosse Rat die Vorlage wegen mangelnder Klarheit zurückgewiesen. 1996 kam eine überarbeitete Vorlage, welche den Rat passiert hat. In der Volksabstimmung ging die Sache durch, das Personal-Dekret wurde gutgeheissen. Man hat damals dem Volk gesagt, dass sich die Kosten für den Kanton auf Fr. 192'000.-- belaufen werden. Im Kommentar zu den finanziellen Auswirkungen hiess es in der Botschaft: *In den Gemeinden werden für Arbeiten der Schulbehörde, wie Visitationen, Gespräche und Kurzbesuche gewisse Mehrkosten anfallen.* Man hat also von gewissen Mehrkosten gesprochen und nicht von einem 33<sup>1/3</sup> Pensum für die Schulratsmitglieder.

Es stellt sich m.E. die Frage: Haben die Schulratsmitglieder die Aufgabe, für einen geordneten Schulbetrieb zu sorgen, zu schauen, dass die SchülerInnen etwas lernen oder haben sie nur die Aufgabe, die LehrerInnen zu kontrollieren? Das ist die zentrale Frage.

Wenn dieses Jahr wieder Wahlen anstehen in den Stadtschulrat, so stelle ich mir die Frage, ob es überhaupt zulässig ist - als Lehrer würde ich mir das nicht gefallen lassen -, dass ich nachher von gewählten fremden Schulratsmitgliedern beurteilt werden müsste, die beispielsweise nichts gelernt haben über Methodik und Didaktik, die selber nie vor einer Klasse gestanden haben, die nicht beurteilen können, dass es Klassen geben kann, wo ein "Schlitzohr" die ganze Klasse durcheinander bringt. Das muss erlebt sein. Ist es in Ordnung, dass wir in Zukunft fremde Leute auf die Lehrerschaft loslassen, welche diese zu beurteilen haben? Früher hatten wir das System mit den Oberlehrern. Diese kannten ihre Kolleginnen und Kollegen, sie kannten auch deren Schwächen und Stärken. Der Oberlehrer war in der Regel über viele Jahre im selben Schulhaus. Ein Schulratsmitglied ist vielleicht 4 oder 8 Jahre im Amt. Ist dies das Modell der Zukunft? Gehen wir in Schaffhausen nicht zu weit? Wann kommt der Zeitpunkt, wo eine ISO-Zertifizierung für diese Schulratsmitglieder erforderlich ist, damit sie die Lehrerschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten beurteilen können?

Welches sind die finanziellen Konsequenzen? Die Finanzreferentin wird uns dann erklären müssen, wie wir diesen Mehraufwand für diese 30%-Jobs wieder herein

holen können. Sie wird uns dann vorrechnen, wieviele neue SteuerzahlerInnen wir in Schaffhausen dafür benötigen.

Ich werde der Motion zustimmen, aber ich setze ein Fragezeichen zum LQS generell und für die Zukunft, wo jetzt schon Forderungen da sind für Computerschulung auf Elementarschulstufe. Alles Investitionen mit Geld, das wir nicht haben!"

**Theresia Derksen (CVP)**                      Votum

"Wir von der CVP sind sehr dafür, dass wir die Motion von Raphael Rohner überweisen. Hansueli Alder hat mit Recht darauf hingewiesen, dass allein eine gerechte Entschädigung das Rekrutierungsproblem nicht löst, wenn man bedenkt, dass ein Stadtschulratsmitglied mind. 1<sup>1/2</sup> Tage während der Schulzeit zur Verfügung stehen sollte. Jemand, der ein solches Amt übernimmt, sollte auch nachweisen können, dass er dazu die Zeit aufbringen kann.

Deshalb denke ich, dass das Schwergewicht der Reorganisation des Stadtschulrates - nebst einer korrekten Entschädigung - auf eine Strukturänderung gelegt werden sollte. Diese sollte in der SPK, welche die stadträtliche Vorlage vorzubereiten hat, mitberücksichtigt werden."

**Roland Schöttle (FDP)**                      Votum

"Liebe Esther Bänziger, ich möchte noch erklären, was ich meine, wenn ich die Verkoppelung der Themen dringend empfehle. Ihr seid ja auch am Suchen von Kandidaten für verschiedene Ämter, was Du ja bewiesen hast. Ich bin auch daran mit Kolleginnen und Kollegen aus unserer Partei. Wir haben es diesbezüglich alle schwer. Wenn ich jetzt konkret an den Stadtschulrat denke und wir den Leuten allenfalls in Aussicht stellen können, dass sich ihre Entschädigung ab nächstem Jahr durch einen kurzfristigen Beschluss von 10'000 auf 30'000 Franken erhöhen könnte, bedeutet das ja für diese Leute, dass sie z.B. als Selbständige oder auch als Angestellte ihre übrige Tätigkeit neu definieren, also allenfalls eine Pensenreduktion in ihrer hauptberuflichen Tätigkeit vornehmen. Gesetzt der Fall, dass die weitere Arbeit - die Umsetzung der Motion - zum Schluss kommt, dass das nicht die Lösung ist, sondern eine Verbreiterung der Standbeine ins Auge gefasst werden soll, stellt sich die Frage: Was machen wir dann mit diesen Leuten, denen wir vorher gesagt haben, Ihr könnt für 30'000 Franken arbeiten? Dann kann man nicht mehr zurück buchstabieren. Das wäre ein Präjudiz, das der Sache nicht dient. Daher appelliere ich nochmals an die Kommission, diese Sache in der Gesamtheit und schnell zu bearbeiten."

**Alfred Zollinger (SVP)**                      Fraktionserklärung SVP

"Für die SVP ist es sonnenklar, dass die Motion überwiesen wird und so schnell wie möglich in der SPK mitbehandelt wird. Roland Schöttle hat etwas gesagt, das wir auch im Hinterkopf haben: Geld allein macht nicht glücklich. Es gibt unter Umständen andere Strukturen. Mich hat die Aussage von SR Widmer verblüfft, dass schon im Frühjahr 1998, als R. Rohner noch im Stadtschulrat dabei war, eine Vorlage angekündigt wurde. Jetzt sind wir im 1. Quartal 2000, wir befinden uns in einem Wahljahr, jetzt kommt die Vorlage. Meines Erachtens sollte eine strukturelle Umstellung nicht ein halbes Jahr vor den Wahlen kommen, wo man evtl. nicht mehr allzu viel ändern kann. Da ist einige Zeit verschlafen worden. Sie kennen ja die Reklame vom Happy-Bett für einen gesunden, tiefen Schlaf. So kommt es mir vor."

**Stadtrat Werner Widmer**

"Noch kurz eine Antwort zu den Bemerkungen von R. Schöttle und A. Zollinger. Im Frühling 1998 sind wir mit dem ach so heiss geliebten LQS gestartet. Da galt es zunächst einmal eine saubere Arbeitszeitanalyse zu erstellen. Eine Arbeitszeitanalyse können Sie nicht in 2 - 3 Monaten erstellen und eine Hochrechnung ableiten. Diese Analyse hat bis Ende des letzten Jahres gedauert. Damit diese aussagekräftig genug ist, haben wir sogar noch den Januar 2000 hoch- und weitergerechnet. Dann haben wir gewusst, wo wir stehen und können Ihnen dies jetzt auch dokumentieren. Von Verschlafen kann überhaupt keine Rede sein.

Herr Alder hat recht mit seiner Feststellung, dass die Verbesserung der Entschädigung ein erster Schritt ist, den ich Euch bitte, zu vollziehen.

Frau Derksen, dieses Reorganisations-Modell nächste Woche vorzulegen, ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Es geht nämlich noch darum, dass wir mit dieser neu zu formierenden Equipe das dann auch sauber aufgleisen. Auch der Umstand, dass wir das Schulamt mit einbeziehen können, ist eine Situation, die wir jetzt nutzen können. Die war vor einem Jahr noch nicht bekannt.

Auf die Bewertung von Herr Zimmermann möchte ich nicht eintreten. Sie hat mich ein wenig geschmerzt. Wir haben eine gute Equipe im Stadtschulrat. Es ist überhaupt nicht so, dass man eine Lehrerausbildung haben muss, um bei guter Ausbildung zu sehen, welcher Wert im Unterricht von der einzelnen Lehrkraft eingegeben wird. Bezüglich der Vorschriften des Kantons gilt es nicht zu fragen, was wollen wir tun, sondern es stellt sich die Frage, was wir aufgrund der Vorgaben tun müssen, welche uns die kantonale Gesetzgebung gibt.

Wir werden diese Schritte, die von Ihnen angezeigt wurden, ganz sorgfältig prüfen. Aber für diese Folgeschritte brauchen wir mehr Zeit als nur 14 Tage."

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"SR Widmer, Sie haben mich schon ein wenig provoziert. Ich gehe davon aus, dass wenn Sie bei der gründlichen Abklärung und in der zur Verfügung gestandenen Zeit nicht nur die finanziellen Aspekte, sondern auch die Bedürfnisse hinsichtlich Reorganisation geprüft haben, Sie sicher heute nicht vor dem Punkt stehen, wo Sie sagen, bis in 14 Tagen muss ich ein Modell bringen. Wahrscheinlich haben Sie auch Vorschläge. Es spricht kein Mensch von 14 Tagen, sondern von einer vernünftigen Zeit innerhalb der gekoppelten Bearbeitung der Motion und Ihrer Vorlage. Ich kann es Ihnen nicht "abkaufen", dass Sie während der vergangenen 1<sup>1/2</sup> Jahren nur über das Geld nachgedacht haben."

**Max Zimmermann (parteilos)** Votum

"Ich habe selbstverständlich nicht die Schaffhauser Stadtschulratsmitglieder gemeint. Wie ich gehört habe, läuft es in Schaffhausen zwischen dieser Behörde und der Lehrerschaft gar nicht schlecht. Nur bezüglich der Frage, was muss gemacht, was muss nicht gemacht werden, habe ich von mir aus beigefügt: Muss es eine ISO-Zertifizierung geben, damit die Leute in Zukunft wissen, wie man vorzugehen hat? Es soll heute alles normiert werden. Diesbezüglich setze ich meine Fragezeichen.

Ich wollte mit meinem Votum in keiner Art und Weise die Schaffhauser Stadtschulratsmitglieder angreifen. Es haben Nachnominierungen und Rücktritte stattgefunden. SR Widmer kann man nicht den Vorwurf machen, er hätte

geschlafen. Die Volksabstimmung über die Einführung der LQS fand im Dezember 1996 statt. Ein Jahr später wurde dies in Kraft gesetzt. Innert einem Jahr eine neue Struktur ohne Erfahrung aufzubauen, ist sicherlich nicht einfach."

**Raphael Rohner (FDP)**

Schlusswort des Motionärs

"Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme meiner Motion. Wir alle sind jetzt gefordert, dass wir eine Lösung finden, die sachgerecht ist und den Anforderungen des Schulrates, des Schulreferates und insbesondere der Kinder und Lehrerschaft gerecht wird."

### **ABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit **43 : 0 Stimmen** für erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

**Nächste Ratssitzung: Dienstag, 21. März 2000**